



Bund Deutscher Kriminalbeamter

Landesverband Hamburg

KASTOR



Inhalt

Auf ein Wort	3
Landesdelegiertentag 2010.....	4
Kripo Inter 2010.....	8
Rede des neuen Landesvorsitzenden	13
Family Camp - Jetzt anmelden!	22
Redebeitrag von Christoph Ahlhaus beim LDT 2010	23
Personalratswahl 2010 - Wählen heißt Mitbestimmen!	26
Personalratswahl 2010 - Team der Beamten	29
Personalratswahl 2010 - Team der Arbeitnehmer.....	31
Personalratswahl 2010 - Die Kandidaten in der Übersicht.	32
LVM - Aktueller Sachstand	33
Kinderschutz in Hamburg: Broschüre und Fachtagung	34
Gewalt gegen Polizeibeamte	36
Fortbildung für Tarifbeschäftigte in der Verbrechensbekämpfung	41
Jetzt BDK-Mitglied werden - Mitgliederwerbeaktion	42
Landesvorstand - Zusammensetzung und Erreichbarkeiten in der Übersicht	43
.....	
.....	

IMPRESSUM

© **BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER, Landesverband Hamburg, 2010**

Herausgeber: **BUND DEUTSCHER KRIMINALBEAMTER - LV Hamburg**
Alsterdorfer Str. 224, 22297 Hamburg
Telefon: 040 / 23 808 992 - Telefax: 040 / 23 808 993
E-Mail: lv.hamburg@bdk.de
Homepage: www.bdk.de

Redaktion: **André Schulz, Frank Schöndube, Christian Schmidt**
V.i.S.d.P.: **André Schulz**
Auflage: **2.000 Exemplare**

Druck: **cake® WEBDESIGN**
Am Weihergarten 29
66271 Kleinblittersdorf
Tel./Fax: 0 68 05 - 2 07 07 88
Internet: www.cake-webdesign.de

KASTOR wird in Hamburg kostenlos an alle Kriminalisten, Parteien, Presse, Funk und Fernsehen verteilt und erscheint in unregelmäßigem Abstand. Bestellungen bitte nur an den Herausgeber oder die KASTOR-Redaktion. Veröffentlichungen und Nachdruck - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten. Unter Verfassernamen veröffentlichte Beiträge stellen nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers dar. Bei Leserzuschriften werden redaktionelle Kürzungen vorbehalten.

Die Redaktion bedankt sich bei ihren Werbepartnern und bittet die Leser um Beachtung der Anzeigen.

Auf ein Wort



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Le roi est mort - vive le roi. Der König ist tot - es lebe der König, so beschrieb es das BDK-Urgestein Frank Nerlich auf dem Landesdelegiertentag (LDT) in der Katholischen Akademie am 12. Februar 2010. Ganz so dramatisch waren die Landesvorstandswahlen dann zwar nicht, aber im Ergebnis stimmt es: Der Landesverband

Hamburg hat einen neuen Landesvorsitzenden. Für mich war es nach 12 Jahren an der Spitze des Verbandes Zeit, mich aus der vordersten Front zurück zu ziehen. Mit einem tollen Ergebnis von 98,7% der Stimmen wurde André Schulz von den Delegierten zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. André wurde bereits im Oktober 2009 zum stellv. Bundesvorsitzenden gewählt und wird gemeinsam mit seinem Team, da bin ich mir sicher, unseren Landesverband nicht nur in Hamburg, sondern auch bundesweit noch weiter nach vorne bringen.

Der BDK hat sich insgesamt über die Jahre zu einem mitgliederorientierten und servicestarken Verband entwickelt. Bei Themen rund um die Verbrechensbekämpfung sind wir in den Medien der Meinungsführer.

Wir haben uns weiterentwickelt, genau wie sich die Kriminalpolizei weiterentwickelt hat. Wir haben heute die modernste Webseite aller Polizeigewerkschaften, sind aktiv in den Social Networks, bei Facebook, MeinVZ/StudiVZ, YouTube und Xing, dort wo die (zukünftigen) Mitglieder sind. Wir sind schon beim „BDK 2.0“ angekommen. Die Kripo insgesamt aber leider noch lange nicht. Deshalb lautete unser Motto des Landesdelegiertentages am 12. Februar „Kripo 2.0“, wo wir u.a. die Frage beleuchtet haben, welchen Versionsstand die Kriminalpolizei in Deutschland und speziell in Hamburg eigentlich hat.

Vor über 100 Delegierten und zahlreichen Gästen aus der Politik und der Polizeiführung fand André deutliche Worte zur Situation und zum Stellenwert der Kriminalpolizei in Hamburg. So müsse man sich z.B. keine Gedanken über Cybercrime-Strategien machen, wenn kaum ein PC der Kripo über einen Internetzugang verfügt. Hier hat der BDK vom Polizeipräsidenten und Innensenator die Zusage errungen, dass dieser

Misstand noch bis zum Sommer behoben wird.

Auch die Schilderung der Personalsituation bei der Kriminalpolizei stieß bei den Verantwortlichen nicht auf taube Ohren. Christoph Ahlhaus versprach in seiner Rede beim LDT der Kripo eine zusätzliche Seiteneinsteiger-Klasse für 2010. Ein schöner Erfolg für den BDK, ein wichtiger für die Hamburger Kriminalpolizei.



Wichtig für die Hamburger Kripo sind auch die anstehenden Personalratswahlen.

Hier gilt es, das hervorragende Ergebnis der Wahlen von 2006 zu wiederholen. Bei der Personalratswahl 2010 kommt es auf jede Stimme an. Wählen heißt mitbestimmen können! Die ersten Tage des Wahlkampfes stimmen einen aber durchaus positiv, da bei unseren Besuchen vor Ort und in den Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Kriminalpolizei, bei den Beamten genauso wie bei den Tarifbeschäftigten, eine deutliche Solidarisierung mit dem BDK spürbar ist. Der alte Spruch gilt eben mehr denn je: BDK ist Kripo! Kripo ist BDK!

Für den BDK und damit für die Kripo Hamburg ist ein gutes Wahlergebnis elementar wichtig, denn es warten auch in Zukunft wichtige Themen auf den dann neuen Personalrat. Die verfassungsgemäße Anpassung des LVM muss im Interesse der Kolleginnen und Kollegen sehr zeitnah erfolgen und das Beurteilungssystem muss modifiziert und insgesamt „gerechter“ werden. Hier sind Politik und insbesondere die Polizeiführung gefordert. Die Gewerkschaften und der Personalrat haben dabei eine wichtige Lenkungs- und Beratungsfunktion. Es ist zu hoffen und zu erwarten, dass die Verantwortlichen diesmal aufmerksamer zuhören als in der Vergangenheit. Denn zukünftig werden sie nicht mehr „mit einem blauen Auge“ davon kommen.

Es gibt also, wie immer, viel zu tun für den BDK. Packen wir es gemeinsam an!

Ihr /Euer|



Frank Schöndube



André Schulz

Landesdelegiertentag 2010 „Kripo 2.0“

Rechenschaftsbericht, Wahlen und Wechsel an der Spitze des Landesverbandes

Am Freitag, den 12. Februar 2010, um 8.30 Uhr fanden sich die über 100 Delegierten in dem traditionellen Auditorium der Katholischen Akademie Hamburg ein. Der ganztägige Landesdelegiertentag (LDT) bestand aus einem öffentlichen sowie einem nichtöffentlichen Teil. Der nichtöffentliche Teil befasste sich neben dem Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes und eingebrachten Anträgen auch mit der Wahl der Kandidaten für die im Frühjahr stattfindende Personalratswahl.

Darüber hinaus wurde ein neuer Landesvorstand gewählt: Der Delegiertentag beinhaltet somit auch einen Wechsel an der Spitze des Landesvorstandes.

Der öffentliche Teil befasste sich insbesondere mit dem Referat des neuen Landesvorsitzenden André Schulz intensiv mit dem Motto des LDT „Kripo 2.0“ und damit mit der Frage, in wie weit die Hamburger Kriminalpolizei auf die Zukunft vorbereitet ist. Besondere Brisanz erhält diese Fragestellung durch den Umstand, dass Hamburg in diesem Jahr mit Innensenator Christoph Ahlhaus und Justizsenator Dr. Till Steffen den Vorsitz in der Innenministerkonferenz und der Justizministerkonferenz inne hat.

Nichtöffentlicher Teil des Landesdelegiertentages

„Fast pünktlich“ wurde der Landesdelegiertentag durch den Landesvorsitzenden Frank Schöndube eröffnet. Die routinierte Versammlungsleitung (Friedhelm Schneider, Andreas Kokenge und Hagen Höltnann) übernahm sodann das Ruder und es schloss sich nach Feststellung der Beschlussfähigkeit der Rechenschaftsbericht des Landesvorstandes an.

Dieser wurde von Frank Schöndube und Bastian Kaspereit vorgetragen.

Der Landesvorsitzende berichtete dabei über Verbandsinterna, Erreichtes und Nichterreichtes, Aktivitäten und Ziele des Landesvorstandes seit dem letzten LDT am 12. Februar 2009, der seinerzeit das 40jährige Bestehen des Landesverbandes in den Mittelpunkt stellte. Ein Jubiläum, das unter der Schirmherrschaft des 1. Bürgermeisters Ole von Beust im Bürgerhaus Wilhelmsburg gebührend gefeiert wurde.



Aufmerksame Landesdelegierte

„Uns allen steht ein inhaltlich großer LDT bevor“, so der Landesvorsitzende mit Blick auf die zahlreichen Tagesordnungspunkte im vormittäglichen nichtöffentlichen Teil und dem sich anschließenden öffentlichen Teil mit dem herausfordernden Motto „Kripo 2.0“.

Frank Schöndube machte eingangs deutlich, dass mit dem heutigen Landesdelegiertentag der Personalratswahlkampf begonnen habe. Es werde auf diesem Landesdelegiertentag darum gehen, gemeinsam die Weichen für eine erfolgreiche Personalratswahl zu stellen.

Zu Beginn des Rechenschaftsberichtes wurde die Organisation der Verbrechensbekämpfung einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen. An den Beispielen der Umsetzungen der Vorschläge der AG Wirtschaftskriminalität und der Bekämpfung der IT-Kriminalität wurden organisatorische Veränderungen dargestellt, bewertet und die Einflussnahme des BDK dargestellt.

Von der bevorstehenden Klausurtagung der LKA-Abteilungsleiter erwarte der BDK eine strategische Nabelschau: Muss sich das LKA, die Organisation der Verbrechensbekämpfung in Hamburg mit seiner Dreiteilung (LKA, ZD 6, 24 örtliche KED) nicht endlich anders aufstellen?

Nach wie vor ist die örtliche Kripo ohne Lobby innerhalb der Zentralkonferenz.

Mit Skepsis blickt der BDK deshalb auf die Neustrukturierung der Führungsstruktur um ZDL herum. Regionalbeauftragte wurden abge-

schaft, ZDL führt jetzt (seine 24 PK) zentral und durch verschiedene Stabsreferate funktional unterstützt. So soll eine neue Führungsfunktion im Grundsatzbereich die fachlichen Bedarfe der örtlichen Kripo bündeln. Lässt die schutzpolizeilich dominierte Erlebniswelt der ZD-Spitze derzeit nicht mehr zu? Ein Feigenblatt zur Befriedigung des BDK?

In der ZD 6 steht die ZD 62 („Straßendeal“) auf dem Prüfstand einer eingerichteten Arbeitsgruppe und nach der Pressekonferenz zur PKS wird auch die Frage nach einer zentralisierten Bekämpfung des Wohnungseinbruchs beantwortet werden müssen.

Die Organisation der Verbrechensbekämpfung ist also Veränderungen unterworfen: Hier wird der BDK weiterhin Gelegenheit finden, sich im Sinne einer aufgabenorientierten, fachlich sinnvollen Verbrechensbekämpfung einzubringen.



Die Delegierten bei der Antragsabstimmung

Im weiteren Verlauf ging der Landesvorsitzende auf die Sparbeschlüsse von Senat und Bürgerschaft ein. Er erinnerte daran, was zuvor alles an Sparvorschlägen diskutiert worden sei. Die Giftliste war lang, darunter u.a. die Abschaffung der Sonderzahlung (Weihnachtsgeld) und Erhöhung der Wochenarbeitszeit für Beamte, Wegfall der 1,2% Besoldungserhöhung zum 1. März.

Zu diesen massiven Einschnitten ist es zum Glück nicht gekommen. Die Sparbeschlüsse für den Bereich Inneres beinhalten aus Sicht des BDK jedoch Sonderopfer für die Polizei, die Abschaffung der Übergangszahlung stellt einen Missbrauch des Vertrauens der Kolleginnen und Kollegen dar!

Darüber hinaus sollen Überstunden nicht mehr finanziell vergütet werden, die Verknüpfung mit der Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos nur für die Polizei (!) entlarvt hier das eigentliche Ziel der Politik. Der BDK wird dies so nicht akzeptieren.

Personalentwicklung: Kripo darf nicht weiter Ausbluten!

Anhand der Personalentwicklung wird deutlich, dass die geringe Anzahl von Studierenden seit 2006 nicht mehr die Abgänge durch Pensionierungen und Länderwechsellern decken und diese Umstände zu einem Ausbluten der Kripo führen. Die Auswirkungen der Personalnot sind überall spürbar. Eine zweijährige Durststrecke ohne Personalabgänge wird im Oktober 2010 beendet sein, da dann die nächste Kripo-Klasse mit der Ausbildung fertig sein wird. Im Jahre 2011 wird sich die Situation vorerst entspannen, da zwei Kripo-Klassen ihr Studium beenden haben werden. Aber: Der BDK hat gegenüber der Polizeiführung und dem Innensenator deutlich gemacht, dass es nicht ausreicht, im Oktober 2010 lediglich eine Kripo-Seiteneinsteigerklasse neu einzustellen. Der BDK fordert die Einstellung einer 2. Klasse und somit eine verstetigte Nachwuchsplanung der Kriminalpolizei!

Stellenbestand: Kein weiterer Abbau!

Mit Stand Januar 2010 verfügt die Hamburger Kriminalpolizei über 1.446 Stellen.

Durch die 75 Stellenumwandlungen aus A 11 (19 Stellen zu A 13 und 56 Stellen zu A 12) im Jahre 2008, stellt sich die Zusammensetzung der Stellen wie folgt dar:

Höherer Dienst: 46 Stellen

Besoldungsgruppe (Anzahl): B 3 (1), A 16 (4), A 15 (12), A 14 (19), A 13 (11)

Gehobener Dienst: 1.399 Stellen

Besoldungsgruppe (Anzahl): A 13 (102), A 12 (267), A 9 – A 11 (1.030)

Der BDK, so der Landesvorsitzende, werde auch weiterhin für eine gerechte Stellenbewertung der Kriminalpolizei eintreten. Neben einer Verkürzung der Verweilzeiten in A 9 und A 10 wird sich der BDK weiterhin für eine Stellenverbreiterung in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13 einsetzen. Der im Jahre 2008 erkämpfte breite Einstieg in die A 12 – Sachbearbeitung muss in den nächsten Jahren ausgeweitet werden!

Ausführlich ging Frank Schöndube im Anschluss auf wesentliche Aspekte des Laufbahnverlaufsmodell (LVM), des aktuellen Leistungsträgerfeststellungsverfahrens und insbesondere des seit 2007 wirksamen Beurteilungssystems ein.

Er stellte die transparente, kritische und konstruktive Information des BDK dar.

Die Delegierten erhielten darüber hinaus vertiefende Informationen zu Zahlen und Fakten des Leistungsträgerfeststellungsverfahrens:

1. Vorzeitige Ernennung von A 9 nach A 10

Benötigter Punktwert für eine vorzeitige Beförderung nach A 10: 4,05 Punkte
Anzahl Leistungsträger Gesamtpolizei: 53
davon Kripo: 11
Anzahl „Bezahler“ Gesamtpolizei: 86,
davon Kripo: 4
Ernennungen Kripo in 2010 nach Regelverweilzeit von 7 Jahren in A 9: 43
Ernennungen Kripo in 2010 gesamt: **54**

2. Vorzeitige Ernennung von A 10 nach A 11

Benötigter Punktwert für eine vorzeitige Beförderung nach A 11: 4,30 Punkte
Anzahl Leistungsträger Gesamtpolizei: 17
davon Kripo: 4
Anzahl „Bezahler“ Gesamtpolizei: 53
davon Kripo: 7
Ernennung Kripo in 2010 nach Regelverweilzeit von 8 Jahren in A 10: 40
Ernennungen Kripo in 2010 gesamt: **44**

Grundsätzliche Hinweise zum Leistungsträgerfeststellungsverfahren:

1. Betrachtet werden in jedem Jahr neu insbesondere die Vollzugsbeamten, die ihre Mindestverweilzeit von 4 Jahren im Statusamt erreicht haben.
2. Leistungsträger können ihre Regelverweilzeit von 7 Jahren (A 9) bzw. 8 Jahren (A 10) bis herunter zur Mindestverweilzeit reduzieren.
3. Das Leistungsträgerfeststellungsverfahren ist selbstfinanziert:
Das finanzielle Volumen für die Leistungsträger ermittelt sich ausschließlich aus dem finanziellen Volumen derjenigen Vollzugsbeamten, die aufgrund von Ernennungshemmnissen nicht nach der Regelverweilzeit ernannt werden.

Schaut man sich die Gesamtzahlen der Beförderungsmöglichkeiten der Kriminalpolizei im Jahre 2010 an, also 54 Beförderungen zu A 10 und 44 Beförderungen zu A 11, so kommt man zu dem Schluss, dass diese Zahlen etwas höher sind, als vor dem Wirkbetrieb des LVM. Man kann es aus der reinen Zahlenperspektive so ausdrücken: Das LVM trägt.

Diese umfassenden Informationen zu diesen Themenkomplexen bilden für die Delegierten eine gute Basis, um auch weiterhin mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort zu diskutieren. Denn im Gegensatz zur abgetauchten Polizeiführung ist dem BDK gerade bei diesen schwierigen, komplexen Themen Transparenz durch Information und Positionierung wichtig.

Die vom BDK bereits 2008 auf der Personalversammlung deutlich geübte Kritik an der Beurteilungspraxis, die vom BDK herausgebracht „goldenen Beurteilungsregeln“, aber insbesondere die eindeutige Positionierung des Verbandes im vergangenen Herbst („Das Beurteilungssystem ist tot“), stehen für das transparente, differenzierte Handeln des BDK.



Der Landesvorsitzende Frank Schöndube beim Rechenschaftsbericht

Die Frage nach der Zukunft des LVM und des Beurteilungssystems ist schwer zu beantworten. Das LVM hat eine Zukunft, wenn es modifiziert wird. Hierzu gehören insbesondere zu verkürzende Regelverweilzeiten und die Ausgestaltung eines Leistungsträgerfeststellungsverfahrens, welches seinen Namen auch verdient. Nur so ist auch eine Verfassungsmäßigkeit garantiert.

Dieses Beurteilungssystem hat hingegen keine Zukunft mehr. Ob die vom BDK geforderte und mittlerweile eingerichtete Arbeitsgruppe zur Evaluierung des Beurteilungssystems dieses von der Intensivstation herunterbekommt, ist mehr als fraglich.

Unter Hinweis auf vorliegende Anträge zur Modifizierung des LVM und zum Beurteilungssystem beendete der Landesvorsitzende diesen Themenbereich und ging zur erfolgreich geleisteten Arbeit des BDK im Tarifbereich über.

Engagierte Arbeit im Tarifbereich

Schöndube stellte zunächst fest, dass im Tarifbereich zahlreiche unterschiedliche Aufgabengebiete, unterschiedliche Entgeltstufen, unterschiedliche Sorgen und Nöte existieren.

Deshalb liegt die Hauptaufgabe des BDK und seiner Personalräte im Tarifbereich besonders in der individuellen Betreuung, z.B. im Zusammenhang mit der individuellen Überprüfung des Arbeitsplatzes.

Hier ist dem BDK die persönliche Ansprache wichtig.

So fand zuletzt am 13. Januar ein Neujahrstreffen für Tarifbeschäftigte im BDK statt.

Der Landesvorstand, insbesondere Meral Cakar, informierten und stellten sich, wie auch der Leiter des Landeskriminalamtes, Reinhard Chedor, den Fragen der zahlreich erschienenen Mitglieder. Eine gelungene Veranstaltung mit guten Gesprächen, so lautete hier einvernehmlich das Fazit.

Erfolgreiche Mitgliederentwicklung im Tarifbereich

Gerade in den letzten Monaten hat der Landesverband Hamburg einen stark ansteigenden Trend zu verzeichnen. Wenn man bedenkt, dass ja nur Tarifbeschäftigte aus dem Bereich der Verbrechensbekämpfung Mitglied im BDK werden können und externe Einstellungen in den letzten Jahren kaum vorgenommen worden sind, eine ganz tolle Entwicklung.

Erfolge auf dem weiten Weg zur Experten-(Tarif-)Kripo

Seit Jahren fordert der BDK, externen Sachverständigen einzukaufen. Dem BDK ist der Bedarf an den Dienststellen bewusst, insbesondere im LKA besteht ein dringender Handlungsbedarf. Die notwendige Einstellung von wissenschaftlichen Experten für den Bereich DNA und von Ingenieuren für den Bereich TKÜ sind immer wieder genannte Beispiele. Auf dem letzten LDT haben alle Parteien dazu Aussagen getroffen. Das Ergebnis konnte sich dann im Doppelhaushalt 2009/2010 ablesen:

Für den Bereich DNA (LKA 35) gelang es, zusätzliche Stellen einzuwerben.

Ein ganz klarer Erfolg unseres ständigen Bemühens, Politik klug zu beraten.

Für den Bereich TKÜ (LKA 25) gelang dies nicht, sagen wir besser: noch nicht. Somit besteht auch Gelegenheit für den BDK, weiter den Finger in die Wunde zu legen. Gerade jetzt, im Vorsitzjahr der IMK!

Aber auch eine weitergehende personelle Ausstattung mit Tarifbeschäftigten in der Ermittlungsunterstützung, in der Unterstützung bei administrativen Aufgaben, im kriminalpolizeilichen Meldedienst und im zentralen Schreibdienst, um nur einige Bereiche zu nennen, ist aus Sicht des BDK notwendig.

Gerechte Bewertung der Experten-(Tarif-)Kripo

Wenn wir unsere Experten im Tarifbereich nicht verlieren wollen, wenn wir uns auf Augenhöhe mit der konkurrierenden Wirtschaft messen

wollen, dann müssen wir ihnen etwas bieten. Gerechte Bewertung ist hier notwendig!

Die gerade in den vergangenen Wochen geführten Gespräche des BDK mit dem Innensenator, LKAL und VTL haben hoffentlich endlich den Weg für Lösungen geebnet.

Fortbildung für Tarifbeschäftigte ist nicht selbstverständlich!

Im nächsten Monat findet der Grundlehrgang wieder statt.

Nach geführten Gesprächen mit LKAL und ZP befinden sich auch weiterführende Lehrgangsangebote in der Prüfung.

Tarifbeschäftigte sind oft die Speerspitze, wenn's ums Geld geht!

Frank Schöndube stellt fest, dass aktuell die Tarifverhandlungen für alle Tarifbeschäftigten in Bund und Kommunen in Potsdam stattfinden und hob hervor, dass sich der Bundesvorstand des BDK mit den Forderungen von DBB und DGB solidarisch erklärt hat.

Wir als Land (Hamburg) sind erst im nächsten Jahr dran.

Aber an dieser Stelle blickte der Landesvorsitzende in den Januar und Februar 2009 zurück: Bei den seinerzeit geführten Tarifausschussverhandlungen war der BDK bei den Kampfmaßnahmen in Hamburg mittendrin.

150 BDK-Mitglieder aus dem Tarif- und Beamtenbereich haben demonstriert, zuletzt am 26. Februar bei der Großdemo! Das war toll und machtvoll.

Keine Bange vor der Zukunft: Die nächsten Kampfmaßnahmen können kommen – der BDK ist vorbereitet.

Der Landesvorsitzende machte zum Ende seiner Ausführungen zum Tarifbereich deutlich:

Der BDK in Hamburg erfüllt alle Bedingungen der Tariffähigkeit!

Der BDK ist das Sprachrohr der Kriminalisten im Tarifbereich!

Die Kriminalisten im Tarifbereich honorieren diese Arbeit und werden zunehmend Mitglied im BDK!

Vom Tarifbereich zu den Pensionären und Rentnern im BDK.

Eine ganz wichtige Gruppe, so der Landesvorsitzende, der an den letzten LDT erinnerte, an dem so zahlreich BDK-Urgesteine mitwirkten und BDK-Geschichte lebendig darstellten. Der Pensionärs-Klönnschnack im November war wieder einmal super besucht. Anwesende Kollegen wurden für ihre 40jährige Mitgliedschaft mit einer Ehrennadel mit Urkunde persönlich geehrt.

Frank Schöndube nahm die Pensionärsbetreuung zum Anlass, auch Richard Jürgensen Danke zu sagen.

KRIPO INTER 2010 "Tatort Internet"

Kriminalitätsbekämpfung am Scheideweg -
Ausbildungsoffensive zur Kripo 2.0 ohne
Alternative

**Fachtagung des
Bund Deutscher Kriminalbeamter
im Rahmen der Fachmesse GPEC®**
in Kooperation mit der Vereinigung Kriminal-
dienst Österreich
Schirmherrschaft: Stanislaw Tillich,
Ministerpräsident Sachsen
04. – 05. Mai 2010
Congress Center Leipzig

Die internationale Fachtagung KRIPO INTER 2010 im Rahmen der Fachmesse GPEC© steht unter der Überschrift: Kriminalitätsbekämpfung am Scheideweg – Ausbildungsoffensive zur Kripo 2.0. Die Fachtagung mit nationalen renommierten Referenten und Experten beschäftigt sich u. a. mit den Fragestellungen: Welche der kriminalistischen Werkzeuge funktionieren im Internet? Wie gestaltet sich internationale Rechtshilfe? Haben wir auch nur theoretisch die Chance auf eine wahrscheinlich unverzichtbare internationale Rechtshilfe in Echtzeit?

Diese Problemfelder sind eine Herausforderung, für die Gesellschaft, für die Politik und gerade auch für die Polizei.



Im Rahmen der KRIPO INTER 2010 wollen wir darüber diskutieren, wie wir Sicherheit, Demokratie, Datenschutz, Menschenrechte sowie die Teilhabe am Global Village organisieren wollen.

Für Hamburger BDK-Mitglieder ist die **Teilnahme** an der Veranstaltung **sowie die Übernachtung** vom 04. auf den 05. Mai **kostenfrei!** Zusätzlich gibt es pro Teilnehmer noch einen **Fahrtkostenzuschuss in Höhe von € 25,-**

Weitere Informationen zur Veranstaltung, zum Programm und Anmeldung unter:
www.bdk.de/kripo-inter
(Bei Anmeldung bitte zusätzlich kurze Mitteilung über die Teilnahme an: lv.hamburg@bdk.de)

Seminare - Seminare - Seminare - Seminare

- | | |
|------------------------|---|
| 09.-11.04.2010 | BDK-Fachseminar „Rechtsstaat gegen Korruption“,
Wesseling |
| 21.-23.06.2010: | BDK-Fachseminar „Kriminalpolizeiliche Vernehmung“,
Würzburg <i>- ausgebucht -</i> |
| 13.-15.09.2010: | BDK-Fachseminar „Kriminalbeamte als
Ermittlungspersonen der StA“, Würzburg |
| 11.-13.10.2010: | BDK-Fachseminar „Tatort Internet“, Wesseling |
| 22.-24.11.2010: | BDK-Fachseminar „Fahndung in Europa“, Wesseling |

Weitere Informationen zu den Seminaren findet ihr unter: www.bdk.de

Initiativen für eine verbesserte Kriminalitätsbekämpfung

Zahlreiche Initiativen wurden vom Landesvorstand im Berichtszeitraum für eine effektivere Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg unternommen.

Unter Hinweis auf vorliegende Informationen des Verbandes zu einer ganzen Fülle von Themen ging Frank Schöndube intensiver auf das Thema „Tatort Internet“ ein. Hier zeigte sich die Kampagnenfähigkeit des BDK in Bund und Land eindrucksvoll:

Neben dem vom BDK mit unterstützten Projekt „web-patrol“, dem Bundesdelegiertentag im Oktober oder den gut angenommenen Fachseminaren des BDK zu diesem Thema zeigten die Fachveranstaltung des Landesverbandes Hamburg am 23. September im Hotel Steigenberger und die 4. Berliner Sicherheitsgespräche am 18. Januar 2010 in der Hamburger Landesvertretung in Berlin, beide Veranstaltungen übrigens unter Mitwirkung von Innensenator Christoph Ahlhaus, dass das wichtige Thema der Bekämpfung der Internetkriminalität von Hamburg massiv unterstützt und voran gebracht wird.

Deshalb verwundert es auch nicht, dass dieses Thema eines der drei Schwerpunktthemen des IMK-Vorsitzes Hamburgs darstellt.

In einem Gespräch des Landesvorstandes mit dem Innensenator am 9. Februar 2010 wurde deutlich gemacht, dass auch Hamburg seine Schularbeiten machen müsse.

Hierzu gehört aus Sicht des BDK auch die flächendeckende Ausstattung der Kriminalpolizei mit internetfähigen PC.

Verbandsarbeit nach Außen – im Gespräch mit Politik und Justiz

Der Landesvorsitzende gab zunächst einen Überblick über die grundsätzlich guten Kontakte und den unterschiedlichen Formen der Zusammenarbeit mit den in der Bürgerschaft vertretenen Parteien und der Leitung der Innenbehörde.

Darüber hinaus hat der BDK die Absicht, die Gespräche mit der Justiz zu intensivieren. Dies gelte insbesondere für den Justizsenator Dr. Till Steffen, der in diesem Jahr den Vorsitz der Justizministerkonferenz inne hat.

Mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft, Dr. Ewald Brandt, werde man den aufgenommenen konstruktiven Gesprächsfaden fortführen. Denn gerade hier tut Handeln Not, wie u.a. die Themen Täterorientierte Prävention (TOP), Veränderungen im Untersuchungsstrafrecht oder Urteilsauslegung in Hamburg zum Thema „Blutprobenentnahme“ deutlich aufzeigen.

Informationen und Leistungen für Mitglieder verbessert

BDK-Handeln dient nicht dem Selbstzweck, sondern ist an den Mitgliedern orientiert. Unser Ziel sind zufriedene Mitglieder!

Für einen Mitgliedsbeitrag, der im Vergleich zu anderen Polizeigewerkschaften konkurrenzlos stabil niedrig gehalten ist, bekommen BDK-Mitglieder einen tollen Gegenwert.

Im Berichtszeitraum wurden bundesweite BDK - Seminare, grundsätzlich durch eine 50%ige Bezuschussung durch den Landesverband, unterstützt. Diese Bezuschussung gilt auch für die im Jahr 2010 angebotenen Fachseminare.

Darüber hinaus erhielten Mitglieder die Möglichkeit, kostenlos an der Fachtagung „Tatort Internet“ am 23. September im Steigenberger Hotel und am 18. Januar an den 4. Berliner Sicherheitsgesprächen in der Hamburger Landesvertretung teilzunehmen. Die jeweils hohe Teilnehmerzahl zeugte davon, dass diese Angebote super ankamen!

Die erhebliche Inanspruchnahme der Rechtsschutzversicherung und der kostenlosen anwaltschaftliche Erstberatung in zivilrechtlichen Streitigkeiten zeigen, dass es sich hierbei um ganz wichtige Säulen des Leistungsangebotes der Mitgliedschaft handelt.



Innensenator Christoph Ahlhaus bei der Fachtagung „Tatort Deutschland – Tatort Internet“ des BDK Hamburg am 23.09.09 im Steigenberger Hotel

Die Intensivierung der Kommunikation „nach innen“ bildete einen weiteren Schwerpunkt der Vorstandsarbeit: Die Mitglieder werden regelmäßig über Aktivitäten und Positionen informiert. Insbesondere die Homepage unseres Landesverbandes, leicht und schnell über das Intranet zu erreichen, bildet Verbandsaktivitäten und -positionen aktuell und umfangreich ab.

Im Rahmen der internen Verbandsarbeit ist es erfreulich festzustellen, dass weiterhin zunehmend jüngere Kolleginnen und Kollegen mit Engagement in der Vorstandsarbeit tätig sind. Der Landesvorstand hat sich aber zum Ziel gesetzt, die Leistungen der Mitglieder beständig zu verbessern.

Mit Stolz berichtete der Landesvorsitzende darüber, dass der Landesverband Hamburg über den höchsten Organisationsgrad im Bereich der Kriminalisten im Vollzugs- und Tarifbereich im Bundesgebiet verfügt. Gerade in den letzten Monaten zeigen die zahlreichen Neumitglieder, dass die Entwicklung nach oben geht.

Unter Hinweis auf die laufende Mitgliederbeaktion des Landesverbandes wurde an die Delegierten appelliert, die gute Arbeit des Landesverbandes und die hervorragenden Leistungen als Basis für eine erfolgreiche Werbung zu nutzen!

Der Landesvorsitzende konnte abschließend bilanzieren: Der (Mehr-) Wert einer Mitgliedschaft im BDK ist spürbar!

Mit der Feststellung „Der BDK war präsent, der BDK ist präsent“ schloss Frank Schöndube diesen Teil des Rechenschaftsberichtes.

Solide Finanzen – die Ausgaben gehen in die richtigen Bereiche:

Unser Landesschatzmeister Bastian Kaspereit verdeutlichte anschaulich die solide Kassenlage unseres Verbandes, die Einnahmesituation und insbesondere die Verbandsausgaben.

Hierbei ist hervorzuheben, dass der Großteil der Ausgaben an die Mitglieder durch erheblich gestiegene Mitgliederleistungen zurückfließt.

Die Kassenrevisoren bestätigten im Anschluss diese positive Darstellung.

Nach der Aussprache erfolgte die Entlastung des Vorstandes durch den Landesdelegiertentag.

Satzungsänderung

Auf dem Bundesdelegiertentag im Oktober 2009 wurde eine neue Bundessatzung beschlossen und somit war auch für die Hamburger Landessatzung Anpassungsbedarf entstanden.

Des Weiteren stimmte der Landesdelegiertentag neben der Einführung einer zeitgemäßen Vorstandsfunktion „Sprecherin IUK“ auch für die Einführung einer eigenen Funktion „Sprecher Pensionärsfragen“, um so der angemessenen Vertretung unserer Pensionäre noch wirkungsvoller Rechnung zu tragen.

Neuwahlen des Landesvorstandes

Frank Schöndube machte deutlich, dass es für ihn nach 12 Jahren des Vorsitzes Zeit sei, diesen abzugeben. Er sei fest davon überzeugt, dass der Landesvorsitz in den Händen von André Schulz hervorragend aufgehoben ist.

André ist seit 3 Jahren stellvertretender Landesvorsitzender und seit dem Bundesdelegiertentag auch stellvertretender Bundesvorsitzender unseres Verbandes.

Aber auch durch die bevorstehende Pensionierung von Michael Ziesmer (Schriftführer) und durch den Wunsch von Richard Jürgensen, sein Amt als Pensionärsbetreuer aus gesundheitlichen Gründen leider niederlegen zu müssen, entstehen u.a. weitere Vakanzen. Auch Uwe Stockmann (Geschäftsführung) und Günther Moll (Kassenrevisor) stehen für eine weitere Amtszeit nicht mehr zur Verfügung.

Die anwesenden Michael Ziesmer und Günther Moll wurden durch den Landesdelegiertentag mit einem ganz herzlichen Dankeschön und lang anhaltenden Beifall für ihre langjährige Tätigkeit im Landesvorstand verabschiedet.

André Schulz verlas anschließend persönliche Worte des Abschieds von Richard Jürgensen:

*Liebe Kolleginnen und Kollegen,
im nächsten Jahr bin ich 20 Jahre Pensionär. Mindestens bis zu diesem Zeitpunkt hatte ich vor, im erweiterten Landesvorstand und als Betreuer der Pensionäre tätig zu sein. Gesundheitliche Gründe zwingen mich aber schon jetzt, meine Tätigkeit für den BDK einzustellen.*

Ich kann leider heute nicht teilnehmen und möchte wenigstens auf diese Weise von euch Abschied nehmen und herzliche Grüße übermitteln. Dazu noch eine Bitte: Sorgt alle verstärkt dafür, dass der Landesverband Hamburg ein starker bleibt, auch mit kritischen Entscheidungen gegenüber dem Bundesvorstand.

Wirkt besonders darauf hin, dass bei Neueinstellungen möglichst viele Kolleginnen und Kollegen Mitglied im BDK werden.

Ein besonders sensibles Feld ist die Betreuung der zunehmenden Anzahl der Pensionäre. Ich habe mich stets dafür eingesetzt, die vielseitigen Interessen und Ansichten der Kollegen zu berücksichtigen. Ich wollte vor allem vermeiden, dass der Eintritt in den Ruhestand gleichzeitig der Austritt aus dem BDK bedeutet.

*Es ist mir überwiegend gelungen.
Ich bitte euch, euer Augenmerk besonders auf
die Probleme der Pensionäre zu richten.
Euch allen wünsche ich weiterhin eine er-
folgreiche Arbeit im BDK und bedanke mich für
euer Vertrauen.
Viele Grüße*

Richard Jürgensen

Frank Schöndube warb als Landesvorsitzender für das „Kandidatenteam“ des neuen Landesvorstandes, eine gute Mischung aus jung und mitteljung mit viel Erfahrung in der Vorstands- und Personalratsarbeit, durch die auch eine Kontinuität gewährleistet sei.

Nach kurzer Vorstellung der Kandidaten wurden diese durch den Landesdelegiertentag in ihren jeweiligen Funktionen gewählt.

Durch ein tolles Wahlergebnis mit 98,7% hat der Landesverband Hamburg mit André Schulz einen neuen Landesvorsitzenden!

Den kompletten neuen Landesvorstand in der Übersicht gibt es auf Seite 43.

Wahl der Personalratskandidaten

Im Frühjahr 2010 finden die Wahlen zum Personalrat statt.

Im Gegensatz zu anderen Polizeigewerkschaften beschließt der Landesdelegiertentag, das höchste Beschlussgremium des BDK, die Personalratskandidaten.

Es wurde anschaulich die Personalratsarbeit dargestellt: Was ist der Personalrat, warum ist er für die Mitarbeiter so wichtig? Wie wird seine Rechtsgrundlage, das Personalvertretungsrecht, wirksam gelebt?

Personalratsarbeit betrifft nicht nur das Verhältnis zum Leiter der Dienststelle im Sinne des Gesetzes, den Polizeipräsidenten. Personalratsarbeit aus Sicht des BDK ist auch häufig eine Beratung, eine Hilfestellung für die individuellen Belange des Einzelnen. Zuhören können ist uns wichtig.

Die Praxis zeigt, dass nur der BDK wirkungsvoll die Interessen aller Beschäftigten in der Kriminalitätsbekämpfung vertritt.

Zu einer wirkungsvollen Vertretung gehört ein positives Wahlergebnis.

Das Ergebnis der letzten Personalratswahl 2006 war wirkungsvoll: Im Beamtenbereich wurde die GdP überflügelt und vier Sitze erreicht. Im Tarifbereich wählten 165 Beschäftigte das BDK-Team mit Meral Cakar an der Spitze.

Ein erfolgreicher Personalratswahlkampf bildet die Grundlage für ein gutes Wahlergebnis des BDK! Hier spielen die Delegierten als Bindeglied zwischen den Mitgliedern einerseits und dem Landesvorstand andererseits eine ganz zentrale Rolle.

Zur Erinnerung: Alle rund 10.000 Polizeibeschäftigten können den BDK wählen!
Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, sie zu überzeugen!

Der BDK wird sich bei der Personalratswahl 2010 in der Gruppe der Beamten und der Arbeitnehmer mit jeweils einer eigenen Liste zur Wahl stellen. Durch das Votum des Landesdelegiertentages, dieses deutliche Zeichen von Solidarität, wurde das Startsignal für einen erfolgreichen Personalratswahlkampf gegeben. Wählen heißt Mitbestimmen!

Anschließend beschäftigten sich die Delegierten mit zahlreichen verbands- und kriminalpolitischen Themen. Unter anderem wurden Beschlüsse mit der Zielrichtung der Optimierung des Beurteilungssystems, des Laufbahnverlaufsmodells und des Leistungsträgerfeststellungsverfahrens gefasst. Kritisch wurde die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten als Sparmodell (€ 2 Mio. pro Jahr) betrachtet. Deutlich positionierte sich der BDK hingegen für die Einführung eines Personaleinstellungs- und Personalentwicklungskonzeptes für Tarifbeschäftigte.

Öffentlicher Teil des Landesdelegiertentages: „Kripo 2.0“

Zum öffentlichen Teil des Landesdelegiertentages konnte der Landesvorstand zahlreiche Gäste begrüßen.

Zunächst die Bürgerschaftsabgeordneten, für die CDU der Vorsitzende des Innenausschusses, Karl-Heinz Warnholz, der innenpolitische Sprecher, Kai Voet van Vormizeele und Elke Thomas. Für die SPD den innenpolitischen Sprecher, Dr. Andreas Dressel.

Für die GAL ließ sich die innenpolitische Sprecherin Antje Möller kurzfristig krankheitsbedingt entschuldigen.



Darüber hinaus waren zahlreiche Deputierte der Innenbehörde erschienen.

Als Senatsvertreter wurde der Präses der Innenbehörde, Innensenator Christoph Ahlhaus, willkommen geheißen.

Neben zahlreichen Mitgliedern der Polizeiführung, Kolleginnen und Kollegen aus unterschiedlichen Bereichen der Polizei, anderen Behörden, wie aus der Justiz, die Präsidentin des Hanseatischen Oberlandesgerichtes, Erika Andress und den Leiter der Staatsanwaltschaft Hamburg, Dr. Ewald Brandt, wurden die Vertreter von Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen sowie die zahlreich erschienenen Medienvertreter begrüßt.

Ganz herzlich wurden BDK-Amtsbrüder aus weiteren acht Bundesländern begrüßt, darüber hinaus waren zahlreiche Mitglieder des Bundesvorstandes, an der Spitze der Bundesvorsitzende des BDK, Klaus Jansen anwesend. Das Ende der Begrüßung durch den scheidenden Landesvorsitzenden Frank Schöndube nahm dieser zum Anlass, den Landesvorsitz zu übergeben:

„Meine Damen und Herren, Kollegen und Kollegen, ich sagte es bereits am Anfang. Dieser für den BDK traditionelle Tagungsort an diesem Tag, dem 41. Verbandstag, ist bewusst gewählt worden. In den Vormittagsstunden des heutigen Landesdelegiertentages, dem höchsten Beschlussorgan des Landesverbandes, haben über 100 Delegierte aus allen Bereichen der Hamburger Kriminalpolizei engagiert diskutiert, Anträge verfasst, Solidarität und Geschlossenheit demonstriert.

Und sie haben gewählt. Ein starkes Team für die Personalratswahl im Frühjahr 2010. Und einen neuen Landesvorstand mit einem neuen Landesvorsitzenden an der Spitze. André Schulz ist neuer Landesvorsitzender des Bund Deutscher Kriminalbeamter. Und das ist gut so. Ich bin zutiefst überzeugt, dass der Hamburger Landesverband des Bund Deutscher Kriminalbeamter bei André in guten Händen ist. Ich darf ihnen allen versichern, mein BDK steht eindrucksvoll hinter dem neuen Landesvorsitzenden. Mir hat es gereicht, ich bin zu der Erkenntnis gekommen, dass 12 Jahre als Landesvorsitzender genug sind.

Und nun, André, komm her und übernehme. Vielen Dank!“

Pocket-Tipps des BDK

Ausländerrecht
Tatortarbeit
Todesermittlungen
Polizeibeamter als Zeuge vor Gericht
Rechtsextremismus
Vernehmungen I
Vernehmungen II
Brandermittlungen
Durchsuchungen
Waffenrecht
Wiedererkennungsverfahren/
Gegenüberstellung
Kindesmisshandlung

DNA-Broschüre

„Der genetische Fingerabdruck“

Alle BDK-Publikationen können direkt bei der Landesgeschäftsstelle kostenfrei bezogen werden.



Verabschiedung und Ehrung von Frank Schöndube durch den neuen Landesvorsitzenden André Schulz zusammen mit dem Bundesvorsitzenden Klaus Jansen im Rahmen des LDT 2010

Rede des neuen Landesvorsitzenden

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, heute vor genau 41 Jahren wurde der BDK-Landesverband Hamburg gegründet. Und genau heute vor einem Jahr haben wir unser 40jähriges Jubiläum im Bürgerhaus in Wilhelmsburg gebührend gefeiert. Die Vorbereitungen für die 50-Jahr-Feier laufen bereits. Denn eines hat sich deutlich gezeigt: die Gründe, warum sich der BDK vor über 40 Jahren gegründet hat, sind auch heute noch aktuell, vielleicht aktueller denn je. Somit wird der BDK auch in den nächsten knapp 10 Jahren alle Hände voll zu tun haben.

Beim Landesdelegiertentag 1994, dem 25jährigen Jubiläum des BDK, stand hier auf meinem Platz als BDK-Landesvorsitzender unser jetziger Vizepräsident Reinhard Fallak. Manch jüngerer Kollege, der Reinhard Fallak nur in Uniform kennt, mag das ja kaum glauben. 1998 hielt der eben von uns geehrte Frank Schöndube seine erste Rede als Landesvorsitzender bei einem LDT. Und nun habe ich die Ehre, als frisch gewählter Landesvorsitzender zu ihnen, zu euch zu sprechen.

Die hier anwesenden Delegierten haben bereits einen arbeitsreichen Vormittag hinter sich und unter anderem die Kandidaten für die Personalratswahl gewählt. Mit dieser Wahl hat der BDK den Personalratswahlkampf 2010 offiziell eröffnet. Gewählt wird voraussichtlich von März bis Anfang Mai.

Ich möchte an dieser Stelle daran erinnern, dass der BDK 1969, nur 6 Wochen nach seiner Gründung in Hamburg, auf Anhieb 11 von 13 Sitzen gewonnen hat und bis zur Auflösung der Dienstzweig-Personalräte im Jahr 2000 ununterbrochen den Vorsitz im Personalrat stellte.

Mein Dank geht bei dieser Gelegenheit an die SPD und die GdP, die uns die Auflösung der erfolgreichen Dienstzweig-Personalräte und die Einführung des Einheitspersonalrates in einer geradezu unheimlichen Allianz eingebracht haben.

Aber auch Dank an die CDU, die die Novellierung des Personalvertretungsgesetzes im Jahre 2006 zu verantworten und dafür gesorgt hat, dass das Mitbestimmungsrecht diesen Namen eigentlich kaum noch verdient.



Der neue Landesvorsitzende André Schulz

Aktuell hat der BDK 5 Sitze im Personalrat, 4 im Beamten- und 1 im Tarifbereich. Der BDK tritt zur Personalratswahl 2010 mit dem Ziel an, dieses hervorragende Ergebnis aus der Personalratswahl 2006 zu bestätigen.

Der BDK ist bereit, auch weiterhin die Verantwortung für die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei zu übernehmen, Beamte wie Tarifbeschäftigte.

Dafür brauchen wir auch weiterhin das volle Engagement aller BDK-Mitglieder und die Unterstützung der Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei. Wählbar sind die BDK-Kandidaten für den Personalrat, darauf möchte ich hiermit gerne noch mal explizit hinweisen, aber von allen Beschäftigten der Polizei Hamburg.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, der Landesdelegiertentag 2010 steht unter dem Motto „Kripo 2.0“.

Jetzt mag sich der ein oder andere fragen, was denn dieses 2.0 eigentlich zu bedeuten hat.

Im Internet steht der Begriff „Web 2.0“ für eine Reihe interaktiver und zusammenhängender Elemente. Der Begriff lehnt sich an die Versionsnummern von Softwareprodukten an. Er steht für eine neue Generation des Webs und grenzt dieses von früheren Nutzungsarten ab. Der Begriff „Web 2.0“ bezieht sich neben spezifischen Technologien oder Innovationen primär auf eine veränderte Nutzung und Wahrnehmung des Internets. Die Benutzer er-

stellen, bearbeiten und verteilen Inhalte in quantitativ und qualitativ entscheidendem Maße selbst, unterstützt von interaktiven Anwendungen. „Web 2.0“ ist modern, innovativ, interaktiv und effizient. 2.0 steht im Grunde für die nächste Stufe, also für die Weiterentwicklung und Neuentwicklung.

In der Online-Welt wird seit längerem sogar schon vom „Web 3.0“, vom sogenannten semantischen Web, gesprochen. Manche meinen auch, dass es nur ein „Web 2.1“ wird. Aber so richtig greifbar ist es noch nicht. „Web 2.0“ ist dagegen bereits ein feststehender Begriff und ein Standard.

Wenn man sich die verschiedenen Polizeien der Länder so anschaut könnte man den Eindruck gewinnen, dass viele noch nicht mal Version 1.0 sind, sondern sich eher noch im Beta-Stadium befinden.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, welchen Versionsstand hat denn nun die Hamburger Kripo?

Ob Wohnungseinbruch, Beziehungsgewalt, Sexualstraftaten oder Staatsschutzdelikte: Hohe Fallzahlen sorgen für eine hohe Belastungssituation der Hamburger Kriminalisten.

Schanzenfeste, Fahrzeugbrände, Angriffe auf Polizeikommissariate, Internetkriminalität und Wirtschaftskriminalität als Boombranche sowie ständig neue Kriminalitätsphänomene machen einen oftmals kräfteintensiven Ansatz erforderlich.

Wie passen da leere Zimmer auf den Fluren, bis hin zur mangelnden Arbeitsfähigkeit ganzer örtlicher Kommissariate ins Bild? Neben der Überstundenhalde zeigen die erheblichen krankheitsbedingten Ausfälle, psychischer Krankheiten, massiv auftretender Erschöpfungs- und Überforderungserscheinungen bis hin zu Burn-Outs, ein deutliches Bild der starken Beanspruchung. Da kann man die geplante Einführung von Lebensarbeitszeitkonten auch nur als einen schlechten Taschenspielertrick des Senats bezeichnen. Mit der Einführung von

Lebensarbeitszeitkonten wird von den Vollzugsbeamten der Polizei - denn nur für diese sollen sie eingerichtet werden - ein weiteres Sonderopfer gefordert. Das ist so nicht hinnehmbar. Die Einführung der Lebensarbeitszeitkonten dient lediglich dazu, den Überstundenberg vor der Öffentlichkeit zu verstecken. Damit wird das dienstliche Engagement der Polizeivollzugsbeamten - wieder einmal - mit Füßen getreten. Der BDK ist dabei nicht grundsätzlich gegen Überlegungen, intelligente Arbeitszeitmodelle, auch in Form von Lebensarbeitszeitkonten, einzuführen. Jedoch lehnt der BDK es ab, derartige Modelle nur mit dem Hintergrund von Sparbeiträgen zu erarbeiten.

Intelligente Arbeitszeitmodelle müssen für die Beschäftigten und nicht für den Hamburger Haushalt gemacht sein. Jeder Beschäftigte muss dabei selbst, also freiwillig, entscheiden dürfen, ob er von solchen Modellen Gebrauch machen will.

Die vergangenen Jahre haben leider gezeigt, dass wir unserem Arbeitgeber nur bedingt vertrauen können. Deshalb kann man auch leider nicht darauf vertrauen, dass das, was jetzt beschlossen und durchgeführt wird, auch noch in 10 oder 20 Jahren, nämlich zu dem Zeitpunkt, wo der Beschäftigte dann vielleicht seine Sparstunden vom Konto abheben will, Bestand hat. Die Gefahr ist groß, dass diese Ansparungen dann auch plötzlich mal wieder dem Spardiktat zum Opfer fallen werden.

Die Delegierten haben heute Vormittag per Beschluss den Vorstand des BDK aufgefordert, sich massiv gegen die Einführung der geplanten Lebensarbeitszeitkonten als Beitrag für Einsparmaßnahmen einzusetzen.

Auch Lebensarbeitszeitkonten ändern nichts an dem eigentlichen Problem: Der Personalmiserere bei der Hamburger Polizei.

Die Neuorganisation der Verbrechensbekämpfung, die im Jahre 2005 ihren Abschluss fand, wurde von der Polizeiführung und der damaligen Behördenleitung mit Hinweis auf einen gesicherten dauerhaften Personalstand der Kriminalpolizei begründet.

Fakt ist, dass sich der Personalbestand der Hamburger Kriminalpolizei seit 4 Jahren kontinuierlich verringert. Wesentliche Ziele der Neuorganisation der Verbrechensbekämpfung waren und sind somit auf Sand gebaut.

Wenn es bei der derzeitigen Nachwuchsplanung für die Hamburger Kripo bleibt, wird es zu einem weiteren Personalabbau kommen und Konsequenzen unausweichlich: Es wären umgehend Prioritätsentscheidungen mit der Folge unkalkulierbarer Risiken erforderlich.

Die fatalen Auswirkungen sind doch schon längst zu spüren und es fehlt insbesondere die Kon-

trollintensität bei personalintensiven Ermittlungen, wie bei Kapitaldelikten, organisierter- und terroristischer Kriminalität.

Auch ein Verweis auf die, von Fachleuten sowieso nicht ernstgenommene, PKS rechtfertigt keinen weiteren Personalabbau. Wir werden die Zahlen ja am 4. März wieder präsentiert bekommen und der BDK wird diese natürlich entsprechend bewerten und kommentieren. Gerade die gefahrenabwehrenden Aufgaben und die Nutzung der Kriminalpolizei als Ressource für die Gestellung von nur begrenzt notwendigen Gefangensammelstellen nehmen ständig zu und spiegeln sich nicht in der PKS wider. Das Arbeiten in vernetzten Computersystemen mit Zugängen zu Intranet, Extranet und Internet, wenn man es denn hat - aber Polizeipräsident Werner Jantosch hat ja versprochen, diese BDK-Forderung bis zum Sommer diesen Jahres endlich umzusetzen - sowie vielfältige neue Recherchemöglichkeiten sind mittlerweile Standard und unumgänglich, führen aber dazu, dass kriminalpolizeiliche Sachbearbeiter immer mehr an ihren Arbeitsplatz gebunden sind und immer mehr Zeit an ihrem PC verbringen müssen. Die Zeit geht damit für operative Ermittlungen, Vernehmungen, Durchsuchungen, Festnahmen und andere Erfolg versprechende Ermittlungsmaßnahmen verloren.

Die Aufklärung von Straftaten kann man nicht befehlen. Dafür müssen von den Verantwortlichen in Politik und Polizeiführung die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Der kriminalpolizeiliche Erfolg lebt von der Kreativität, dem Engagement und der Motivation der Mitarbeiter.



Die einzige Möglichkeit, wenn man weiterhin stur an der defizitären Einstellungspolitik festhält, ist, dass man die bestehende Organisation in Frage stellen muss.

Man muss überlegen, wo man noch weiter ausdünn, um Schwerpunkte setzen zu können, ob man Standards noch weiter absenken kann, ob man Bereiche verkleinert, zusammenlegt oder gar auflöst.

Hier heißt es dringend nachzubessern und umgehend neues Personal für die Kriminalpolizei aus den Reihen der Schutzpolizei, auch aus Gründen der Personalentwicklung, zu rekrutieren oder zusätzlich einzustellen. Erfolgt das nicht, haben die Verantwortlichen die Konsequenzen für unsere Stadt zu tragen. Und wir als BDK werden dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt erfahren, wer dafür verantwortlich ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, bei der erforderlichen Personalgewinnung, sowohl im Beamten- als auch im Tarifbereich, werden wir zukünftig noch weitaus größere Probleme bekommen, als sie sich derzeit schon bemerkbar machen. Stichwort: demografische Entwicklung.

2009 konnten bereits 61.000 Stellen in naturwissenschaftlichen Berufen (hauptsächlich Informatiker, Mathematiker, Ingenieure und Techniker), nicht besetzt werden. Für 2015 liegen die Schätzungen bei 254.000, 2020 bei 426.000 Stellen. 20.000 offene Stellen meldet aktuell der Branchenverband Bitkom für Informatiker. Fachkräftemangel ist für wirtschaftliche Unternehmen eine Wachstumsbremse. Außertarifliche Bezahlung sowie Sondervereinbarungen wie Firmenwagen sind dort oft schon Standard.

Genauso ernüchternd wie die Quantität der Bewerber ist aber auch ihre Qualität. Nach Befragungen von Unternehmen haben über 50% aller Schulabgänger Defizite im Lesen, Schreiben und Rechnen. Wie reagiert die Polizei? Ein Rücklauf qualifizierter Bewerber ist auch hier spürbar. Anstatt Anreize zu schaffen, senkt man einfach die Anforderungen an die Bewerber und mutet ihnen ein nichtalimentiertes Grundstudium zu. Zusätzlich müssen sie sich auch noch privat krankenversichern. Attraktivität sieht anders aus.

Die politischen und polizeilichen Verantwortlichen müssen sich immer die Frage stellen, ob die Kriminalpolizei die Bewerber bekommt, die sie benötigt. Für viele Seiteneinsteiger ist es z.B. finanziell attraktiver, zur Schutzpolizei zu gehen, da dort mit Schichtzulage und „Dienst zu ungün-

stigen Zeiten“-Zuschlägen mehr zu verdienen ist, als bei der Kriminalpolizei.

Das Thema „gerechte Bewertung der kriminalpolizeilichen Arbeit“ wird von den Verantwortlichen aber immer noch beharrlich ignoriert. Das Ungleichgewicht wird in Zeiten des Laufbahnverlaufmodells zum Beispiel auch dann deutlich, wenn zwei junge Kriminalkommissare mit A9 an den Tatort eines Kapitaldeliktes gerufen werden, den sie gerichtsfest und verantwortlich abarbeiten müssen und die gesamte äußere Absperrung, dank LVM, aus uniformierten Kollegen in A11 besteht.

Ich will jetzt gar nicht in die Diskussion einsteigen, ob und wie lange das LVM vor den Gerichten noch Bestand haben wird. Die unsägliche Verknüpfung des LVM mit dem Beurteilungssystem ist aber ein deutliches Problem und Bedarf der schnellen Überarbeitung. Hier müssen auch endlich die gemachten Fehler im Beurteilungssystem eingeräumt und die Konsequenzen daraus gezogen werden!

Es reicht eben nicht, im selben Statusamt zu sein.

Mitarbeiter kann man nur vergleichen und dann auch entsprechend bewerten, wenn auch die geleistete Arbeit vergleichbar ist. Ein Beurteilungsmaßstab kann aufgrund der vielen subjektiven Einflüsse und den unterschiedlichen Anforderungsprofilen in den verschiedenen Aufgabenbereichen innerhalb der Schutz-, Wasserschutz- und Kriminalpolizei somit niemals hergestellt werden!

Lehrer, die genau wie der polizeiliche Nachwuchs des gehobenen Dienstes ihr Studium mit einem international anerkannten Bachelor-Abschluss beenden, fangen ihre Karriere in A12 bzw. A13 an. Warum glauben die Innenminister und Innensenatoren eigentlich, dass sie die Kriminalpolizei in den Leichtlohngruppen A9 und A10 abspesen können?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, zusätzlich zu Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten ist die Kripo auf externes Expertenwissen aus all den Bereichen angewiesen, in denen auch die Täter Expertenwissen haben. Wir benötigen das Wissen von Bilanzbuchhaltern, Betriebswirten, Volkswirten, Wirtschaftsprüfern, Steuerfachleuten, Chemikern, Physikern, Biologen, Elektroingenieuren, IT-Spezialisten, Informatikern und Islamwissenschaftlern. Die Aufzählung ist nicht abschließend.

Das Spektrum der Wissenschaft und Ausbildungsgänge, die die kriminalpolizeiliche Sachbearbeitung bereichern, ist ähnlich breit gefächert wie die Arbeitsweisen, die die Täter bevorzugen. Die Kriminalpolizei muss sich

immer auf der Höhe des Täterwissens bewegen und bestenfalls dem Täter sogar fachlich überlegen sein.

Dies bedeutet, dass die Kriminalpolizei gerade zur Bekämpfung der modernen Formen der Wirtschafts- und Computerkriminalität, der Korruptionskriminalität, der Geldwäsche, für Maßnahmen der Vermögensabschöpfung usw. auf einen immer größeren Anteil an Bewerbern angewiesen ist, die nicht nur über eine abgeschlossene Berufsausbildung und ein abgeschlossenes Studium verfügen, sondern auch langjährige Berufspraxis aufweisen.

Erfolgsfaktoren sind, neues Personal qualifiziert auszuwählen und ihnen Perspektiven zu bieten, um vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung nicht ins personelle Abseits zu gelangen. Die Polizei steht bei ihrer Nachwuchsgewinnung, aber insbesondere bei dem zu gewinnenden externen Fachpersonal in ständiger Konkurrenz zum freien Markt. Um von den Entwicklungen nicht abgekoppelt zu werden, ist es unverzichtbar, für Fachpersonal einerseits anforderungsbezogene Wertigkeiten, andererseits aber auch Entwicklungsmöglichkeiten zu schaffen.

Aktuell wird es an diversen Beispielen aus dem LKA mehr als deutlich, dass wir nicht das Personal bekommen, welches wir benötigen, bzw. uns das Fachpersonal nach ein paar Jahren wieder verlässt, da die Polizei nicht willens ist, eine angemessene und konkurrenzfähige Bezahlung und Aufstiegsmöglichkeiten anzubieten.

Bei der Polizei Hamburg ist aber leider kein Konzept zu erkennen, wie mit den erkannten Problemen umgegangen werden soll. Die Verantwortlichen sehen sogar dabei zu, wie ihnen das Personal von anderen Behörden abgeworben wird, da dort flexibler reagiert wird und entsprechende Angebote gemacht werden können.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, es ist kein Geheimnis, dass der BDK der Auffassung ist, dass gerade in einem Stadtstaat wie Hamburg die Verantwortung für die Kriminalitätsbekämpfung in eine Hand gehört, um Ressourcen sinnvoll – effizient, effektiv und im Sinne des gesetzlichen Auftrages erfolgreich einzusetzen.

Die bestehende Organisation der Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg ist derzeit mit dem LKA und seinen sieben Abteilungen, der ZD mit der ZD 6 mit seinen sieben, zukünftig vermutlich 8 Dienststellen und den nun 24 KED, mehrstufig und auch gerade deshalb personalintensiv. Die flächendeckende PK-Einführung erfolgte weniger aus fachlichen Gründen, u.a. nicht nach kriminalgeografischen Gesichtspunkten orientiert, machte aber eine Zersplitterung begrenzter Kapazitäten erforderlich.

Ein einheitliches Verständnis über Inhalte und Ziele in der Kriminalitätsbekämpfung ist in Hamburg derzeit nicht erkennbar vorhanden.

Und das ist ein Armutszeugnis für einen Stadtstaat!

Mit Einrichtung des LKA im Jahre 1989 erhielt der Leiter des LKA das fachliche Weisungsrecht, nicht aber das vom BDK geforderte und absolut steuerungsrelevante personelle Weisungsrecht für den Bereich der gesamten Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg.

Das fachliche Weisungsrecht soll dem Leiter des LKA die Möglichkeit geben, die Rahmenbedingungen der Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg nach den fachlichen Notwendigkeiten zu bestimmen.

Es ist aber nicht hinzunehmen, dass auch das fachliche Weisungsrecht nur noch ein Papiertiger ist.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die ZD ist da schon einen Schritt weiter. Ganz aktuell wurden die Regionalbeauftragten per Federstrich eingespart und der Organisationsaufbau somit von der regionenbezogenen hin zur

fachlichen Ebene geändert. Was wir da erleben ist der Schritt weg von der so hoch gelobten PK-Philosophie hin zu einem „Schutzpolizeiamt“ mit einer assimilierten Kriminalpolizei. Fakt ist doch, dass die örtlichen Kriminal- und Ermittlungsdienste sich in der Hamburger Polizei fachlich nicht vertreten fühlen. Weder innerhalb der ZD, schon gar nicht durch das LKA.

Da ändert auch die Einführung der Funktion des ZD 320 nichts, die Anlaufstelle für die Kriminalpolizei der örtlichen Ebene werden soll und doch nichts weiter darstellt, als der Versuch, den BDK zu beruhigen. Das wird, da kann ich die Kolleginnen und Kollegen beruhigen, nicht passieren.

Die Kriminalpolizei in der örtlichen Ebene wird so gut wie ausschließlich von PK-Leitern der Schutzpolizei geführt, die selbst überhaupt keine kriminalistische Erfahrung haben oder lediglich eine Erfahrung, die sich auf ein Teilspektrum der Straßekriminalität bezieht. Es ist aber erforderlich, dass kompetente Kriminalisten durch mindestens genauso kompetente Kriminalisten geführt werden.

Während in der Politik scheinbar niemand daran zweifelt, dass Expertenwissen für die Bearbeitung von Kapitaldelikten Grundvoraussetzung ist, scheint in den Deliktsfeldern der einfacheren und mittleren Kriminalität Platz für Experimente zu sein. Experimente auf Kosten der Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, Ermittlungserfolge können nur von einer Kriminalpolizei erwartet werden, die ein eigenständiges Berufsbild auf der Basis einer hochwertig professionellen Kriminalistenausbildung entwickelt hat. Grundlage dafür ist die Möglichkeit, dass geeignete Interessenten sich direkt bei der Kriminalpolizei bewerben können, so wie es in Hamburg und einigen anderen Bundesländern der Fall ist.

Der BKD spricht sich konsequent und bundesweit nicht nur an den Hochschulen der Polizeien, des Bundes und der Länder gegen eine inhaltsgleiche Ausbildung für die Schutz- und Kriminalpolizei aus, sondern auch an der Deutschen Hochschule der Polizei und fordert dort die Einführung des Studienganges „Kriminalwissenschaften“.

Führungskräfte der Kriminalpolizei benötigen Expertenwissen aus den Bereichen der Kriminalistik, der Kriminologie und der Kriminaltechnik als fachliche Voraussetzung neben einer Fortbildung für die besonderen Führungsaufgaben in der Kriminalpolizei. Kriminalpolizeiliche Führungskräfte müssen gegenüber Staatsan-

waltschaften und Gerichten auf Augenhöhe argumentieren können und neue Konzeptionen zur Verbrechensbekämpfung auf der Basis fachlichen Wissens entwickeln, statt nur auf Lageentwicklung zu reagieren. Sie müssen das Personal sachgerecht entsprechend den sich verändernden Erfordernissen einsetzen und darauf ausgerichtet sein, kriminalistische Erfolge zu erzielen.

Als kollegial und zwingend erforderliches Pendant bedarf es neben einer professionellen Kripo aber auch einer professionellen Schutzpolizei, die die Aufgabenfelder der Gefahrenabwehr und Verkehrsunfallbekämpfung, der Konfliktbewältigung und der Einsatzbewältigung so beherrscht, dass von ihnen die richtigen Entscheidungen in Sofortlagen mit kurzer Reaktionszeit auf hohem Niveau zu erwarten sind.

Die tägliche Praxis in Hamburg zeigt, dass die kollegiale Zusammenarbeit mit der uniformierten Polizei professionell und in der Regel harmonisch stattfindet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind **eine** Polizei, aber nun mal mit verschiedenen Berufsbildern. Kriminalist zu sein, ist aus meiner Sicht einer, wenn nicht sogar der schönste Beruf, den man ergreifen kann. Und ich kann und möchte hier auch sagen, dass ich stolz bin, ein Hamburger Kriminalbeamter zu sein. Ich hoffe auch, dass die Kollegen der Schutz- und der Wasserschutzpolizei das ebenfalls von sich behaupten können. Sie könnten es zumindest.

Ich war Schutzpolizist, in einer Hundertschaft und im Reviervollzugsdienst. Und ich war stolz darauf. Sie können stolz auf ihren Beruf, ihre Eigenheiten, ihre Dienstzweige und ihr besonderes Anforderungsprofil sein. Es gibt nun mal keinen „Allroundpolizisten“, der alles kann. Auch wenn sich einige ihn wünschen.

Aber eins muss den Freunden einer Einheitspolizei klar sein: Der BDK hat und wird sich weiterhin massiv gegen eine übergestülpte Integration und einer einheitlichen Führung durch Schutzpolizisten auf allen Ebenen wehren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, in anderen Gewerkschaften befindet sich die Kripo, damals vor 40 Jahren genau wie heute, in einer bedeutungslosen Minderheit. Daraus resultierend wurden und werden immer noch die spezifischen Anliegen der Kriminalisten oft Mehrheitsverhältnissen geopfert.

Viele Kolleginnen und Kollegen haben dies bereits erkannt und wurden Mitglied im BDK!

Aktuell sind ca. 70% aller aktiven Kriminalbeamtinnen und -beamten Mitglied im BDK. Im Tarifbereich hatten wir allein im Jahr 2009 einen Zuwachs von über 20% zu verzeichnen.

Wenn der BDK behauptet, dass er für die Kripo spricht, dann ist das auch wirklich der Fall.

Der BDK vertritt kompetent und konsequent die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei und aller in der Kriminalitätsbekämpfung Beschäftigter im Öffentlichen Dienst, Beamte wie Tarifbeschäftigte.

Dass unsere unabhängige, fachliche, logische und pragmatische Urteilsbildung im politischen Bereich nicht selten als lästig angesehen wird, ist uns bekannt. Das hat ja auch gerade Frau Antje Möller in einem bezeichnenden Zeitungsinterview eindrucksvoll bestätigt, als sie sich über den Einfluss der Gewerkschaften auf die Politik beschwerte. Frau Möller, diese Kritik nehmen wir als Lob für unsere gute Arbeit gerne an.



Unser Ziel war und ist aber nie nur die Durchsetzung der sozialen Interessen der Mitglieder allein, sondern auch die aktive Gestaltung der Kriminalpolizei. Dazu hat der BDK auf Bundes- und Landesebene in den letzten Jahren beachtliche Aktivitäten entwickelt. Getragen von der großen Mehrheit und Solidarität der Kriminalisten hat er gezeigt, dass es für die Kolleginnen und Kollegen der Kriminalpolizei, Beamte wie Tarifbeschäftigte, keine Alternativen gibt.

Alternativen haben die Kolleginnen und Kollegen, genau wie die Bürger unserer Stadt, aber bei der Wahl ihrer Politiker. Die vom Volk gewählten Politiker dieser Stadt müssen die Rahmenbedingungen schaffen, damit die Polizei ihrem Auftrag gerecht werden kann. Die Innere Sicherheit ist das Rückgrat unserer Stadt.

Die Menschen in dieser Stadt wollen sicher leben. Sie haben einen Anspruch darauf, dass der Staat ihre Sicherheit garantiert.

Freiheit kann ohne Sicherheit nicht erlebt werden. Sicherheit ist ein wesentlicher Standortfaktor für Industrie und Wirtschaft in Hamburg. Angst vor Kriminalität führt begründet oder unbegründet zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität.

Politiker haben eine hohe Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt. Dieser Verantwortung müssen sie sich ständig bewusst sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste und insbesondere sehr geehrte Vertreter der Parteien, wenn man sich dann aber die Parteien so ansieht, zweifelt man doch mittlerweile, ob diese wirklich noch die Interessen der Bürgerinnen und Bürgern dieser Stadt vertreten. Politik muss eine Vorbildfunktion auch leben.

Zu Zeiten der aktuellen Wirtschaftskrise ist der Balanceakt zwischen solidem Haushalt und Gewährung der Inneren Sicherheit besonders schwierig zu gestalten.

Angeblich leere Kassen ist den Polizisten dieser Stadt aber nichts Neues. In den vergangenen Jahren wurde ihnen zur Haushaltskonsolidierung das Weihnachtsgeld gekürzt, die freie Heilfürsorge abgeschafft, das Urlaubsgeld und die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage gestrichen. Parallel wurde die Wochenarbeitszeit verlängert und die Pensionsansprüche gekürzt. Neuester Coup, eine absolute Frechheit und ein deutliches Zeichen der geringen Wertschätzung, ist der Wegfall der Ausgleichszahlung für Pensionäre. Und last but not least die Abschaffung der Alters- und Einführung der Erfahrungsstufen. Wie war noch gleich die politische Aussage dazu? Niemand wird dadurch finanzielle Einbußen hinnehmen müssen. Gleich die ersten Überprüfungen zeigten, dass das so nicht stimmt.

Liebe Politiker, da baut sich ein großes Frustpotenzial auf, welches sie nicht unterschätzen sollten.

Angeblich leere Kassen sagte ich. Ist dem wirklich so?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, Hamburg hatte im Jahr 2008 Steuereinnahmen in Höhe von 8,6 Mrd. Euro zu verzeichnen, das entsprach einem Zuwachs zum Vorjahr von über 300 Millionen Euro.

2009 gab es Steuereinnahmen in Höhe von 7,6 Mrd. Euro, für 2010 werden 7,5 Mrd. Euro erwartet.

Damit sinken die Steuereinnahmen für Hamburg aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise zwar weiterhin, die Abweichungen sind jedoch moderater, als dies zu befürchten war, so lautet auch die Aussage unseres Finanzsenators Dr. Michael Freytag.

Für den Länderfinanzausgleich musste Hamburg 2009 € 125 Millionen überweisen. Ein im Vergleich zur Einnahmesituation also doch recht überschaubarer Betrag.

Anstatt nun ein paar Jahre kürzer zu treten, baut sich Ole von Beust mit der Elbphilharmonie ein Denkmal. Geplant für 77 Millionen Euro, liegen die tatsächlichen Kosten für den Steuerzahler bisher bei 323,5 Millionen Euro. Aktuell werden von Hochtief 22 Millionen nachgefordert, wofür weiß niemand so genau. Hinzu kommen noch die privaten Spendengelder in Höhe von 76,6 Millionen Euro. In der Summe ergeben öffentlicher Anteil, Spendengelder und private Kosten schon jetzt rund eine halbe Milliarde Euro.

Wer von uns könnte sich zum Beispiel bei seiner Hausfinanzierung derart verkalkulieren ohne die Konsequenzen tragen zu müssen? Sind hier nicht vielleicht mehrere Straftatbestände auf beiden Seiten zumindest zu prüfen?

Die GAL möchte unbedingt ihre Stadtbahn, über deren Sinnhaftigkeit man streiten darf. Für die erste Trasse mit einer Länge von 7,7 km in Hamburgs Norden sind ca. 155 Millionen Euro eingeplant. Aus Erfahrung vermute ich jetzt einfach mal, dass das nicht ausreichen wird. Die Stadtbahn kann aber erst wirtschaftlich betrieben werden, wenn sie auf mindestens 52 km ausgebaut wird, was innerhalb der nächsten 15 Jahre auch geplant ist. Geschätzte Gesamtkosten: € 750 Mill. bis zu € 1 Mrd.

Schulreform: Ist sie wirklich in der Art erforderlich, wie sie jetzt diskutiert wird oder liegen die Probleme doch woanders? Liegt es nicht eher an zu großen Klassen, zu wenigen Lehrern, an Integrationsproblemen von Migrationskindern und auch an überforderten Eltern, die Probleme bei der Wertevermittlung haben? Liegt der Erfolg wirklich darin, schlechte, mittlere und gute Schüler noch zwei weitere Jahre gemeinsam lernen zu lassen? Wie dem auch sei: die einkalkulierten Kosten für die geplante Schulreform liegen derzeit bei € 1,2 Mrd.

Mein Lieblingsthema: die HSH-Nordbank. Verluste bisher über 3 Mrd. Euro und weitere zugesicherte staatliche Garantien in Höhe von über 10 Mrd. Euro. Zusätzlich streicht der Sympathieträger Jens Nonnenmacher eine Halteprämie von 2,9 Mill. Euro ein.

Die HSH-Nordbank ist halbstaatlich. Im Aufsichtsrat saßen sowohl der schleswig-holsteinische Finanzminister, als auch unser Finanzsenator. Aufgrund von Koalitionen in beiden Ländern und zwischenzeitlichen Regierungswechseln sind sowohl SPD, CDU, GAL und FDP persönlich betroffen. Die Begeisterung über die Ermittlungen dürfte sich somit in Grenzen halten. Der BDK begrüßt deshalb ausdrücklich die Gründung der Soko Nordland des LKA 5 und sagt den Kolleginnen und Kollegen jegliche erforderliche Unterstützung zu. Vergessen dürfen wir bei den Untersuchungen aber auch nicht Personen wie Dr.-No's-Vorgänger, Hans Berger. Da gibt es noch einiges aufzuarbeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die Politik, nicht nur in Hamburg sondern auch bundesweit, lebt den Bürgerinnen und Bürgern teilweise ein merkwürdiges Bild vor. Ist das die Wertevermittlung, die wir gesellschaftlich teilen sollten?

Kriminelle und Gewalttäter behaupten, dass es gegen die demokratische Gesellschaft ein „Widerstandsrecht“ gebe. Viele entwickeln ihre eigenen Gewaltbegriffe, Recht und Gesetz werden zunehmend missachtet und bagatellisiert. Doch es gibt nicht zu wenig Gesetze, um Recht zu garantieren, vielmehr wird Recht viel zu wenig durchgesetzt. Es gilt vielmehr als chic, Gesetze zu übertreten. Steuer- und Versicherungsbetrug gelten als Kavaliersdelikte. Es wird uns ja auch täglich von prominenter Seite vorgelebt.

Vor kurzem hat man noch die Demonstranten vor dem Mövenpick-Hotel im Wasserturm im Schanzenpark eher belächelt. Heute, nach Kenntnis von Spenden in Millionenhöhe und wahrnehmbarer Klientelpolitik, entwickelt man dabei ja schon fast, aber auch nur fast, so etwas wie Sympathie und Verständnis.

Wofür man allerdings kein Verständnis entwickeln kann, ist, wenn diese Unmutsäußerungen in Gewalt eskalieren. Die Zunahme von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte ist zwischenzeitlich ein europaweites Problem. Steigende Fallzahlen haben heute einen Intensitätsgrad erreicht, der dringend Gegenmaßnahmen erforderlich macht. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter begrüßt deshalb ausdrücklich die Initiative der IMK, das Kriminalitätsphänomen „Gewalt gegen Polizeibeamte“ erneut wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Dass das Thema dann aber durch die geplante KFN-Studie gleich so negativ besetzt ist, ist mehr als bedauerlich. Auch die Modifizierung des Fragebogens kann den bereits erlittenen Vertrauensverlust nicht kompensieren

und wir begrüßen, dass Hamburg sich nicht an dieser Farce beteiligen wird. Ein valides Ergebnis ist bei den weiterhin bestehenden Vorbehalten und dem Aussteigen der größten Bundesländer nicht mehr zu erwarten. Hier ist die IMK, allen voran unser Innensenator Christoph Ahlhaus als aktueller IMK-Vorsitzender, gefordert, sich dieser Thematik adäquat anzunehmen.

Für den BDK ist eine inhaltliche Erweiterung der Tatbestandsmerkmale des § 113 StGB unerlässlich. So muss ebenso bestraft werden, wer einem Widerstand Vorschub leistet, indem er den Weisungen der Polizei keine Folge leistet, andere dazu bringt, sich diesen Weisungen zu widersetzen oder durch sein Verhalten dazu beiträgt, dass eine rechtmäßige Amtshandlung nicht vorgenommen werden kann oder wesentlich erschwert wird. Zusätzlich muss als deutliches Signal die Strafandrohung angepasst werden. Es darf nicht erst zu Gewalt oder der Drohung mit Gewalt kommen, sondern es muss jedem klar sein, dass den Weisungen der Polizei grundsätzlich Folge zu leisten ist. Hier sind die politisch Verantwortlichen in der Pflicht, dem wieder Geltung zu verschaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, die politisch Verantwortlichen sind auch in der Pflicht, dem Bürgerinnen und Bürgern nicht nur auf der Straße, also der realen Welt, vor Gewalt und Straftaten zu schützen, sondern auch in der virtuellen Welt.

Es gibt kaum noch Kriminalitätsbereiche in denen Täter ohne Internet agieren. Politik und Polizeiführung wissen um das dringende Erfordernis der speziellen Bekämpfung der Kriminalität rund um Computer und Internet und entwickeln aktuell Bekämpfungsstrategien für diese Kriminalitätsfelder. Die Kriminalpolizei benötigt für eine wirksame Strafverfolgung und Gefahrenabwehr insbesondere im Internet das erforderliche Know-how und Personal sowie die notwendige Technik.



Internetrecherchen sind aus der kriminalpolizeilichen Sachbearbeitung zwischenzeitlich nicht mehr wegzudenken. Der Hamburger Innensenator Christoph Ahlhaus weiß, nicht zuletzt aufgrund seiner Teilnahme an der BDK-Veranstaltung im September 2009 im Steigenberger Hotel zum Thema "Tatort Internet", um die Bedeutung der Themenfelder IT-Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung im Internet.

Mit dem neuen LKA 54 ist jetzt die angekündigte Cybercrime-Dienststelle eingerichtet. Der Leiter des LKA ist nun gefordert, zeitnah die Anforderungen und Bedarfe für das Thema "Cybercrime" zu definieren und schnellstmöglich die neue Dienststelle aber auch alle anderen kriminalpolizeilichen Bereiche, die sich mit diesem Thema befassen, arbeitsfähig zu machen

Allein wird die Polizei aber auch in diesem Bereich wenig ausrichten können. Hier bedarf es der Optimierung des nationalen und internationalen Informationsaustausches der Polizei- und Justizbehörden sowie des Aufbaus von sogenannten PPP (Public Privat Partnership) mit externen Partnern aus dem Sicherheitsbereich, der Internet-Wirtschaft, Instituten, Organisationen, Verbänden und Vereinen. Gerade die Anbieter und Entwickler von Internetdienstleistungen sind gefordert, denn deren Dienstleistungen und Produkte müssen verstärkt an bestehenden Sicherheitsanforderungen ausgerichtet werden.



Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, mehr als die Einbindung privater Partner macht mir da fast die Zusammenarbeit zwischen Justiz und Polizei Sorgen. Wie soll etwas international funktionieren, was nicht einmal innerhalb Deutschlands reibungslos funktioniert? Wie kann unser Justizsenator zum Beispiel bei der Frage der Anordnung von Blutproben komplett anderer Meinung sein, als die Justizminister der angrenzenden Länder. Hier hat Dr. Till Steffen die Kol-

leginnen und Kollegen im Regen, in diesem Fall im Schneeregen, stehen gelassen und dazu beigetragen, dass die Polizei ihrem Auftrag nicht nachkommen kann und sich damit ein Stück weit der Lächerlichkeit preisgibt. Hier kann man nur begrüßen, dass unser Justizsenator nun vom BGH wieder eingefangen wird.

Es bedarf dringend der Optimierung der Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, nicht nur beim genannten Beispiel, um die Strafverfolgung Hand in Hand zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, dieses Beispiel macht es unter anderem aber deutlich: Die Beseitigung fataler Folgen des Versagens der Gesellschaft, der politisch Verantwortlichen, von Familie und Schule, aber auch von staatlichen und kirchlichen Organisationen, ist dringend erforderlich, liegt aber nicht in den Händen der Polizei. Wir stehen ganz am Ende dieser Eskalationskette.

Die Polizei muss durch angemessene personelle und materielle Ausstattung in die Lage versetzt werden, wirkungsvolle Prävention und effektive Bekämpfung der Kriminalität leisten zu können. Insbesondere die personelle Ressource ist der entscheidende Faktor bei der Gewährleistung der Inneren Sicherheit. Die politischen und polizeilichen Verantwortlichen haben ihre Mitarbeiter in den Vordergrund zu stellen. Von ihrer Motivation lebt eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung

Die polizeiliche Arbeit auch in der Zukunft bewältigen zu können, wird keine leichte Aufgabe sein. Aber mit Solidarität, Engagement und Beharrlichkeit wird der BDK – für die Kolleginnen und Kollegen einerseits und für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt andererseits – dieser Aufgabe gerecht werden können.

Die Antwort auf meine Eingangsfrage zur Situation der Kriminalpolizei in Hamburg muss also wie folgt lauten:

Die Kripo Hamburg kann man durchaus als Version 1.0 bezeichnen, sie benötigt aber dringend ein Upgrade.

Speziell im Bundesvergleich stehen wir in vielen Bereichen gut da, wir dürfen uns darauf aber nicht ausruhen. Vor allem dürfen wir die Vorteile, die uns ein Stadtstaat bietet und um die uns die Flächenländer beneiden, nicht ungenutzt lassen.

Herr Ahlhaus, sie haben als Hamburger Innensenator und aktueller Vorsitzender der IMK die Chance, ihren Beitrag für eine moderne Kriminalpolizei zu leisten.

Wir können und dürfen uns in der Kriminalitätsbekämpfung und damit mit der Gestaltung der Kripo 2.0 keine Zeitverschwendung mehr erlauben. Der BDK wird mit aller Kraft seinen Beitrag dazu leisten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, ich möchte mich für ihr aufmerksames Zuhören herzlich bedanken und ich hoffe, dass die, die es betrifft, das ein oder andere aus meinen Ausführungen mitnehmen und es sich zu Herzen nehmen.“

Deutliche Worte, die aber beim Innensenator nicht auf taube Ohren stießen. Noch während seiner Rede vor den Delegierten erklärte Christoph Ahlhaus, dass er kurzfristig entschieden habe, eine zusätzliche Klasse Seiteneinsteiger für die Kripo im Herbst dieses Jahres einzustellen.

Zudem habe er Polizeipräsident Werner Jantosch aufgefordert, mit Hochdruck dafür zu sorgen, dass jeder Arbeitsplatz-PC der Hamburger Kripo bis spätestens Sommer 2010 einen Internetzugang erhält und er bestätigte, dass die Forderungen des BDK nach einer Expertenkripo mittlerweile anerkannt sind.

Die jetzigen Zusagen sind ein gutes, ein wichtiges Signal und der Weg in die richtige Richtung. Es ist aber noch ein weiter Weg bis zu einer Kripo 2.0

Gerade im Jahr 2010, dem Hamburger Vorsitz in der Innen- und Justizministerkonferenz, will der neu gewählte Landesvorstand Impulse setzen. Dies gilt insbesondere in der Kriminalitätsbekämpfung im WWW, dem „Tatort Internet“.

BDK im Web 2.0



www.bdk.de

Family Camp 2010 des BDK - Burg Wernfels in Spalt (Franken) vom 21.-25.05.2010 (Pfingsten)



Der Bund Deutscher Kriminalbeamter führt für seine Mitglieder, Freunde und Unterstützer über Pfingsten 2010 unter der Schirmherrschaft von Dr. Günter Beckstein, Bayerischer Ministerpräsident a.D., ein großes „Family Camp“ durch. Unter dem Motto: „Feiern, kennen lernen, Erholung und Freude für alle“ soll nicht nur ein kleiner Ausgleich für vielerlei Verzicht den Funktionärsfamilien geboten werden, sondern es sollen auch die Familien von Kriminalbeamten, deren Freunde und Unterstützer miteinander einige gemeinsame Erholungstage genießen können.

Es wird zahlreiche Aktivitäten auf und rund um die Burg mit einem großen Angebot aus Sport, Spiel, Spaß und Erholung geben. Ein Familienprogramm mit Kinderunterhaltung wird an allen Tagen angeboten.

Weitere Informationen zur Veranstaltung, zur Burg und zum Freizeitangebot unter: www.bdk.de/familycamp

Jetzt schnell die letzten freien Plätze sichern und anmelden unter: family.camp@bdk.de

Wir freuen uns, euch im „Family Camp“ begrüßen zu dürfen und wünschen euch und eurer Familie einen angenehmen, erlebnisreichen und erholsamen Aufenthalt.

BDK-„Family Camp“ - Wir sehen uns!

Auszüge aus der Rede des Präses der Innenbehörde beim LDT 2010

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Schöndube, sehr geehrter
Herr Schulz,

ich bedanke mich für die Einladung zu Ihrem
heutigen Landesdelegiertentag hier in der
Katholischen Akademie.

Ich habe mich sehr über Ihre Einladung gefreut,
da mir so die Gelegenheit gegeben wird, den
bereits aufgenommenen fruchtbaren Dialog zum
BDK als bedeutender Berufsvertretung der
Kriminalpolizei fortzuführen.

Zu allererst möchte ich die Gelegenheit nutzen,
dem bisherigen Vorstand für die aus meiner
Sicht sehr gute Zusammenarbeit zu danken.

Mein ganz besonderer Dank gilt dabei dem
scheidenden Landesvorsitzenden, Frank Schön-
dube.

Sehr geehrter Herr Schöndube,
zu den Aufgaben einer Berufsvertretung gehört
vor allem, die Interessen der Mitglieder nach
außen hin zu vertreten, um so die Rahmen-
bedingungen für die Berufsausübung zu ver-
bessern. Dabei sind – je nach Thema –
Kollisionen mit den Interessen anderer, z. B.
denen des Dienstherrn, nicht ungewöhnlich.
Diese Interessenkonflikte gilt es dann soweit
möglich – im Idealfall in konstruktiven Ge-
sprächen – beizulegen.

Sehr geehrter Herr Schöndube,
aus meiner Sicht kann ich sagen, dass sie mir
stets ein in der Sache harter, dabei jedoch auch
immer konstruktiver Gesprächspartner gewesen
sind, der sich für die Interessen seines Berufs-
standes eingesetzt hat.

Ihnen ist es in bemerkenswerter Art und Weise
gelingen, ohne laute Töne stets Gehör für ihre
Anliegen und die der Kriminalpolizei zu finden.

Insbesondere auch dank ihres Einsatzes haben
wir es meist gemeinsam hinbekommen, zu
tragfähigen Kompromissen zu gelangen.

Dadurch haben Sie sich nicht nur um den BDK,
sondern auch um die Kriminalitätsbekämpfung,
die unsere gemeinsame Sache ist, sehr verdient
gemacht. Für dieses Engagement danke ich
Ihnen.

Sehr geehrte Damen und Herren,
um mit Sepp Herberger zu sprechen: „Nach dem
Spiel ist vor dem Spiel“. Und natürlich ist es mir
auch ein besonderes Anliegen, dem neu
gewählten Vorstand zu seiner Wahl herzlich zu



Innensenator Christoph Ahlhaus beim LDT 2010

gratulieren und Ihnen allen viel Erfolg und ein
glückliches Händchen zu wünschen.

Ich habe eben über das gute Verhältnis in der
Zusammenarbeit mit dem BDK gesprochen und
bin voller Hoffnung und Zuversicht, dass unter
Ihrer Führung, Herr Schulz, die Zusammenarbeit
zwischen dem BDK und der Behördenleitung
auch weiterhin so konstruktiv verlaufen wird,
wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen
ist.

Auch zukünftig wird es ausreichend Themen
geben, die es notwendig machen werden, dass
wir uns gemeinsam an einen Tisch setzen.

Ich biete Ihnen für die Behördenleitung diese
Zusammenarbeit an und verspreche Ihnen,
immer ein offenes Ohr für ihre Anliegen zu
haben. Eben weil ihre Sache auch unsere Sache
ist.

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein Themenkomplex, den ich hier heute an-
sprechen möchte, ist der Bereich der DNA-
Untersuchungen im LKA 3.

In der Vergangenheit hatten wir hier einen
großen Berg an DNA-Vorgängen, der abge-
arbeitet werden musste.

Ich freue mich, dass es uns durch verschiedene
Maßnahmen gelungen ist, die Bearbeitungs-
zeiten und Wartezeiten auf DNA-Gutachten in-

zwischen zu verkürzen und die Zahl der noch nicht bearbeiteten Vorgänge von 1.898 (Ende 2008) auf 996 Vorgänge zum 31. Januar 2010 deutlich zu reduzieren.

Um diese Verbesserung zu erreichen, wurde die Zahl der Mitarbeiter zumindest vorübergehend erhöht. Zudem wurden zahlreiche Fälle mit einer eher niedrigen Deliktsschwere an das Rechtsmedizinische Institut fremd vergeben.

Außerdem konnte im LKA 35 der Labordurchsatz durch eine Teilautomatisierung deutlich erhöht werden. Durch die neu angeschaffte offene Roboterplattform kann flexibel auf neue Anforderungen reagiert werden.

Trotzdem, auch das will ich hier nicht verschweigen, wird es in diesem Bereich noch weiterer Anstrengungen bedürfen, um die kontinuierlich zu verzeichnenden Auftragssteigerungen sowie verschiedene Engpässe bei der Personalstärke abfedern zu können.

Sehr geehrte Damen und Herren, der heutige Landesdelegiertentag steht unter dem Motto „Kripo 2.0“.

Gemeint ist damit die Forderung nach einer – wie der BDK es nennt – „Expertenkripo“, die durch Aus- und Fortbildung wie durch materielle Arbeitsbedingungen in ausreichendem Maße in die Lage versetzt ist, den besonderen Herausforderungen der hoch technologisierten und globalisierten Welt zu begegnen.

Denn wir alle wissen, auch das Verbrechen ist in nicht unerheblichem Umfang dabei, sich dieser High-Tech-Mittel zu bedienen.

Der BDK weist seit einiger Zeit zu recht darauf hin, dass „Cybercrime“ nicht irgendetwas ist, was nur in Hollywood-Filmen stattfindet. Ich teile Ihre Bewertung.

Das ist auch der Grund, warum ich das Thema „Cybercrime“ zu einem der Hauptthemen der IMK unter meinem Vorsitz in diesem Jahr gemacht habe.

Und auch die Gremien der IMK haben sich bereits intensiv mit dem Phänomen und den notwendigen Maßnahmen zu einer angemessenen kriminalistischen Bewältigung beschäftigt und die entsprechenden Weichen gestellt.

Ein äußerst wichtiger Schritt in Hamburg war in diesem Zusammenhang die Schaffung der neuen Dienststelle LKA 54 „Fachkommissariat Computer- und Netzwerkdelikte (Cybercrime) und Urheberrechtsdelikte“ im Rahmen der Neuorganisation der Wirtschaftskriminalität.

Diese Dienststelle hat ihren Wirkbetrieb mit Organisationsverfügung vom 15.01.2010 aufgenommen.

Ziel bei der Einrichtung dieser Dienststelle war es, eine verbesserte Ansprechbarkeit für externe Stellen und Organisationen, einen effektiveren

Ressourceneinsatz, eine höhere Verbindlichkeit festgelegter fachlicher Standards und Abläufe sowie insbesondere eine engere Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft sicherzustellen.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle nicht verschweigen, dass wir in diesem Prozess noch am Anfang stehen und auf dem weiteren Weg noch große Herausforderungen vor uns liegen:

Lassen Sie mich das an zwei Beispielen verdeutlichen. Die Stichworte in diesem Zusammenhang lauten:

1. Rechtshilfe sowie
2. Spezialistenproblematik

Beim Thema der Rechtshilfe müssen wir feststellen: Die Welt ist bedingt durch Internet und moderne Kommunikationsmedien schnell und global, das Recht ist langsam und regional. Werden Täter, die beispielsweise über das Internet agieren, bekannt, so ist sehr oft festzustellen, dass die Straftaten vom Ausland aus begangen werden.

Und den von den Tätern in Sekundenbruchteilen vollzogenen elektronischen Sprung über nationale Grenzen hinweg müssen die Strafverfolgungsbehörden auf dem langwierigen, oft monatelangen Weg der Rechtshilfe nachvollziehen.

Hier für Abhilfe durch die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine schnellere und unbürokratischere internationale Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden zu sorgen, wird Aufgabe der Politik sein.

Auch wenn für die dafür notwendigen internationalen Schritte sicherlich nicht in nur einem Jahr gemacht werden können, werde ich mich als IMK-Vorsitzender dafür einsetzen, dass zumindest die Weichen entsprechend gestellt werden.

Das zweite Thema, das ich Spezialistentum genannt habe, ist eines, das mit dem Kontostand der öffentlichen Kassen und mit den Besonderheiten des öffentlichen Tarifrechtes zu tun hat.

Ich hatte vorhin bemerkt, dass der BDK unter dem Motto „Kripo 2.0“ die Forderung nach einer Expertenkripo durchsetzen möchte.

Zu einer solchen Expertenkriminalpolizei kommt man aber nicht nur durch intensivere Ausbildung und eine weitere Spezialisierung der Beamten, die selbstverständlich auch erforderlich sind.

Zusätzlich muss die Polizei in einem gewissen Umfang auch auf externes Expertenwissen zurückgreifen können.

Ein sehr erfolgreicher Weg, der hierfür sozusagen Modell stehen könnte, ist der wirtschaftskriminalistische Prüfdienst des Hamburger LKA.

Hier wurden wirtschaftswissenschaftlich ausgebildete und beinahe ausnahmslos mit praktischen Erfahrungen im Wirtschaftsleben ausgestattete Angestellte in das LKA integriert, die den Ermittlern in komplexen Sachverhalten wertvolle Unterstützung leisten.

Die Akzeptanz dieser Spezialistinnen und Spezialisten ist sowohl auf Seiten der Ermittler als auch beispielsweise vor Gericht sehr hoch.

Ein ähnliches Modell wäre auch für den Bereich der IT-Technik äußerst wünschenswert und es ist abzusehen, dass auch im neugeschaffenen LKA 54 Bedarf an externem IT-Sachverstand bestehen wird.

Leider stoßen wir bei der Realisierung derzeit aber an Grenzen. So ist es – wie Sie sich sicherlich alle vorstellen können – in Zeiten leerer öffentlicher Kassen äußerst schwierig, die dafür notwendigen Stellen einzuwerben.

Aber als mindestens genauso schwierig hat es sich herausgestellt, dort, wo Stellen bereits vorhanden sind, diese auch mit geeigneten Mitarbeitern zu besetzen.

In Zeiten der weltweiten Vernetzung sind entsprechend ausgebildete Mitarbeiter auch im Bereich der Wirtschaft äußerst gefragt, und beim Versuch der Rekrutierung guter Leute steht die öffentliche Hand regelmäßig vor dem Problem, dass die Bezahlung nach Tarifrecht nicht mal annähernd mit den auf dem freien Markt gezahlten Gehältern konkurrieren kann.



Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich kann Ihnen heute zumindest einen ersten Schritt verkünden: Im Rahmen der aktuellen Überprüfung der Einstellungsplanung für den Polizeivollzugsdienst haben sich weitere Einstellungsmöglichkeiten für die Kriminalpolizei ergeben. Ich freue mich, Ihnen mitteilen zu können, dass der Polizeipräsident die zusätzliche Einstellung von 25 Seiteneinsteigern (auf insge-

samt 50) für die Kriminalpolizei noch im Oktober diesen Jahres beabsichtigt und hierzu die notwendigen Realisierungsschritte eingeleitet hat. Ich begrüße auch diese Absicht ausdrücklich, weil wir damit die Möglichkeit schaffen, weiteren Bewerbern ihren Berufswunsch im Polizeivollzugsdienst zu realisieren, wie es ja bereits für die Schutzpolizei auf der Grundlage der Beschlüsse des Senats zur Ausbildungs-offensive möglich ist.

Zum anderen wird damit natürlich ein weiterer Beitrag zur zukunftsorientierten Sicherung der notwendigen Personalkapazität auch für die Kriminalpolizei geleistet – und das dürfte in besonderem Maße unser gemeinsames Interesse sein.

Mit „Kripo 2.0“ ist zudem auch und nicht zuletzt die Forderung verbunden, jeden Sachbearbeiter in die Lage zu versetzen, in Straftaten wie Diebstählen und Körperverletzungen erfolgreich zu ermitteln, wenn die Täter in Internetforen kommunizieren, in sozialen Webdiensten vernetzt sind oder ihren einfachen Betrug über das Internet begehen.

Aus diesem Grund unterstützte ich den Polizeipräsidenten in seiner Initiative ausdrücklich, die Mitarbeiter der Polizei Hamburg möglichst flächendeckend mit Internetzugängen auszurüsten...

...in Zeiten von Youtube, Facebook und Ebay, muss jedem Ermittler ein Internetzugang als Werkzeug zur Verfügung stehen, egal ob er nun in der ZD oder im LKA das Ziel verfolgt, Straftaten möglichst lückenlos aufzuklären und Straftäter dingfest zu machen.

Derzeit wird mit Hochdruck geprüft, wie möglichst bis zum Sommer eine Lösung sicherheitstechnisch und finanziell vertretbar realisiert werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke dem BDK ausdrücklich für sein vorbildliches Engagement bei diesem wichtigen Thema „Cybercrime“.

Ich denke, wir alle sind uns einig, dass wir uns auf dem Gebiet „Internet“ erst am Anfang des Weges befinden – die Entwicklung geht rasant weiter. Um auf diesem Weg erfolgreich zu sein, wird es angesichts der Komplexität des Themas ganz besonders darauf ankommen, dass wir alle unsere Anstrengungen bündeln und gemeinsam an einem Strang ziehen.

Nur so wird es uns gelingen, auch die virtuelle öffentliche Sicherheit nachhaltig zu gewährleisten. Zu diesem Zweck biete ich Ihnen die Zusammenarbeit der Behördenleitung wie auch der Leitung der Polizei an.

Ihnen wünsche ich jetzt noch einen hoffentlich auch weiterhin erfolgreichen Landesdelegierten-tag.

Personalratswahl 2010

Weg bestimmend für alle Beschäftigten der Polizei Hamburg
„Wählen heißt mitbestimmen können!“

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter stellt sich mit seinen Kandidaten in der Gruppe der Beamten und der Gruppe der Arbeitnehmer dem Votum ALLER Beschäftigten zur Wahl. Der BDK ist damit nicht nur die Vertretung aller Kriminalisten, sondern bildet darüber hinaus eine Alternative für alle anderen Beschäftigten in der Polizei Hamburg. Denn: Jeder, ob Beamter oder Tarifbeschäftigter, ob Kripo, Schutz- oder Wasserschutzpolizei oder ob Verwaltung, das BDK-Team können alle Polizei-Beschäftigten wählen.

Was uns in der Personalratsarbeit wichtig ist

Der BDK bietet Fachlichkeit, konstruktive Kritik, Engagement für die Sache und Transparenz. Daraus finden wir Gehör, daraus ergibt sich unsere Durchsetzungsfähigkeit. Wir machen keine Versprechungen, die wir nicht halten können. Wir sind parteipolitisch unabhängig und nehmen unser Personalratsmandat im Sinne des Personalvertretungsgesetzes wahr.

Gewerkschaftliche Auseinandersetzungen sind uns bei aller gesunder Konkurrenz zu wider.

Die BDK-Personalräte haben ihre Leidensfähigkeit, Beharrlichkeit und ihre gesetzlichen Möglichkeiten voll ausgeschöpft - oft zum Leidwesen der Polizeiführung und Behördenleitung.

Zuhören können und Hilfe anbieten

Das Zuhören und Hilfe anbieten bei scheinbar kleinen, für die Kollegin, für den Kollegen, der sich an den Personalrat wendet, aber wichtigem Anliegen, ist die tägliche personalrätliche Arbeit. Ihre Anliegen ernst nehmen, unabhängig davon, ob und wo sie gewerkschaftlich organisiert sind, ist für die Personalratsmitglieder des BDK eine Selbstverständlichkeit.

Wofür stehen der BDK und seine Personalräte? - Zentrale Themen

Ein verfassungsgemäßes Laufbahnverlaufmodell mit akzeptablen Verweilzeiten und ein ECHTES Beförderungsmodell für Leistungsträger, auch für HdP-Abgänger

Seit Inkrafttreten des LVM hat der BDK immer wieder deutlich gemacht, dass die Regelverweilzeiten zu lang sind und es bei den Beförderungen zu Ungerechtigkeiten kommt. Parallel wurde von uns auch auf die unsägliche Verknüpfung mit dem Beurteilungssystem hingewiesen. Auch



zuletzt wurde wieder deutlich, dass das Leistungsträgerfeststellungsverfahren diesen Namen nicht verdient, weil es tatsächlich kein Beförderungsmodell für Leistungsträger ist. Befördert wird nur nach Kassenlage (Anzahl der Bezahler) und ohne eine fachlich notwendige Funktionsdifferenzierung.

Statt aber das LVM durch ein Klageverfahren zu kippen, ohne einen Plan B in der Schublade zu haben (um ein Beförderungs-Stopp zu verhindern), hat der BDK auf allen notwendigen Ebenen ständig die Mängel am Gesamtsystem aufgezeigt. Ziel war es immer, das bestehende LVM entsprechend zu modifizieren, um es gerechter und verfassungsmäßig zu gestalten. Jetzt ist das Kind aber doch in den Brunnen gefallen. Die vielen Warnungen, sowohl von gewerkschaftlicher wie auch von justizieller Seite, wurden beharrlich ignoriert. Wider besseres Wissen wurden Durchhalteparolen ausgegeben. Jährlich wurde rechtsfehlerhaft die Herstellung der Maßstabsidentität verkündet, obwohl der Polizeipräsident um die Fehler wusste.

Politik, Senat und Bürgerschaft sowie die Polizeiführung müssen ohne jede weitere Verzögerung das entstandene Problem aufgreifen. Das Urteil des OVG ist polizeiintern eine Katastrophe und ist als solche zu behandeln. Schnell sind Lösungen herbeizuführen, die die zu erwartenden Benachteiligungen der Polizisten dieser Stadt aus dem Weg räumen. Unsere Geduld ist definitiv am Ende! Wir erwarten und gehen davon aus, dass Polizeipräsident Werner Jantosch seine Ankündigung „alles zu tun, um eine Lösung zu finden“ schnell in die Tat umsetzen wird.

Zusätzlich müssen endlich die Belange der Studenten der HdP berücksichtigt werden. Welcher Anreiz besteht für sie, überdurchschnittliche Leistung während des Studiums zu zeigen? Ihre Abschlussnote spielt derzeit keine praxisgerechte Rolle. Die HdP mit der Note 2 zu bestehen muss real und nicht nur theoretisch zu einer vorzeitigen Beförderung führen.

Hier ist die Forderungslage des BDK klar: Automatische Verkürzung der Verweilzeiten, echte Leistungsträger(be)förderung und ein realer Beförderungsvorteil für eine gute HdP-Abgangsnote.

Ein Beurteilungssystem, das seinem Anspruch gerecht wird und Akzeptanz findet

Der BDK hat die Einführung des aktuellen Beurteilungssystems von Anfang an kritisch aber konstruktiv begleitet. Wir haben stets davor gewarnt, dem Erst- und Zweitbeurteilern unzulässige „Orientierungshilfen“ zu geben. Leider vergeblich.

Jedes Beurteilungssystem unterliegt subjektiven Einflüssen. Das kann und wird niemand abstreiten. Eine Beurteilung wird nie objektiv und nie wirklich gerecht sein. Worauf die Kolleginnen und Kollegen aber ein Anspruch haben, ist, dass sich ihre Vorgesetzten mit ihnen beschäftigen und ihre Arbeit individuell bewerten.

Die Praxis zeigt, dass dies nicht der Fall ist. Gauß wird missbraucht und es werden rechtswidrig Vorgaben gemacht. Dabei wird Druck unter den Beurteilern von oben nach unten (und auch seitlich!) ausgeübt.

Es läuft die längst fällige Evaluation des Beurteilungssystems. Es wird Mut dazu gehören, die notwendigen Korrekturen vorzunehmen. Der BDK wird die Mutigen mit Rat und Tat unterstützen, sie auf dem Weg hin zu einem geeigneten Beurteilungssystem begleiten.

Verbesserung von Beförderungschancen und gerechte Bewertung kriminalpolizeilicher Arbeit

Der BDK steht für eine den gestiegenen Anforderungen an die kriminalpolizeiliche Arbeit entsprechende Stellenstruktur in den Besoldungsgruppen A 12 und A 13. An eine gerechte Bewertung dieser Tätigkeit führt kein Weg vorbei! Lehrer, die genau wie der polizeiliche Nachwuchs des gehobenen Dienstes ihr Studium mit einem international anerkannten Bachelor-Abschluss beenden, fangen ihre Karriere in A 12 bzw. A 13 an. Konsequenterweise muss Gleiches auch für die (Kriminal-)Polizei Gültigkeit haben.

Verantwortung für die Kriminalitätsbekämpfung in einer Hand

Gerade in einem Stadtstaat wie Hamburg gehört die Verantwortung für die Kriminalitätsbekämpfung in eine Hand. Für diese Forderung steht der BDK uneingeschränkt. Es gilt, Ressourcen sinnvoll, effizient, effektiv und im Sinne des gesetzlichen Auftrages erfolgreich einzusetzen.

Die bestehende Organisation der Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg ist derzeit mehrstufig und auch gerade deshalb personalintensiv. Kripo muss nach den Notwendigkeiten der Kriminalitätsbekämpfung - also fachlich und kriminalgeografisch - organisiert werden.

Mit Einrichtung des LKA erhielt der Leiter das fachliche Weisungsrecht für den Bereich der gesamten Kriminalitätsbekämpfung in Hamburg. Verweigert wurde ihm das vom BDK geforderte und absolut steuerungsrelevante personelle Weisungsrecht, womit lediglich ein nicht nutzbarer Papiertiger übrig blieb.

Ein einheitliches Verständnis über Inhalte und Ziele in der Kriminalitätsbekämpfung ist für Hamburg endlich geboten. Zentrale Bearbeitungsnotwendigkeiten und die örtliche Kriminalitätsbekämpfung sind in Einklang zu bringen, mit- und nicht gegen- oder nebeneinander. Der BDK sagt dazu: zentral organisieren und dezentral handeln.

Adäquates Personal - quantitativ und qualitativ - für die Kriminalpolizei

Die fatalen Auswirkungen der derzeitigen Nachwuchsplanung für die Hamburger Kripo sind längst zu spüren. Es fehlt an allen Ecken und Enden, ob in den KED, der ZD 6 oder im LKA. Prioritätenentscheidungen bzw. Entscheidungen über Post-Prioritäten sind nicht zu erwarten. Was, wieder einmal, bleibt, ist, die bestehende Organisation in Frage zu stellen.

Wo wird weiter ausgedünnt, um Schwerpunkte setzen zu können? Wo werden Standards weiter abgesenkt? Wo verkleinert man Bereiche, legt diese zusammen oder löst sie ganz auf?

Neues Personal für die Kriminalpolizei, auch als Aufstieg aus der Schutzpolizei, ist zu rekrutieren oder zusätzlich einzustellen. Erster Erfolg der Beharrlichkeit des BDK ist das Versprechen des Innensenators, Christoph Ahlhaus, auf unserem diesjährigen Landesdelegiertentag, in 2010 eine zusätzliche Seiteneinsteiger-Klasse für die Kripo einzustellen.

Internetfähigkeit für jeden Arbeitsplatz-PC der Kripo

Das Arbeiten in vernetzten Computersystemen mit Zugängen nicht nur zu Intranet und Extranet, sondern insbesondere ins Internet, sowie vielfältige neue Recherchemöglichkeiten sind mittlerweile Standard und für die Sachbearbeitung unumgänglich. Polizeipräsident Werner Jantosch hat der BDK-Forderung nachgegeben und die Umsetzung der Internetfähigkeit aller Kripo-PC bis zum Sommer dieses Jahres zugeagt. Wir werden ihn beim Wort nehmen.

Intelligente Arbeitszeitmodelle statt versteckte Sparbeiträge

Die vom 1. Bürgermeister Ole v. Beust verkündete Einführung von Lebensarbeitszeitkonten ausschließlich für Vollzugsbeamte der Polizei stellt ein weiteres Sonderopfer dar. Einzig die Einsparung von jährlich 2 Mio. Euro für die Auszahlung von Überstunden ist der Hintergrund. Damit handelt es sich um ein reines, mitarbeiterfeindliches Sparmodell, um „elegant“ den ständig anwachsenden Überstundenberg verstecken zu können.

Zu solchen Modellen sagt der BDK klar: NEIN, so nicht!

Dabei verschließt sich der BDK nicht grundsätzlich vor intelligenten Arbeitszeitmodellen, auch nicht vor einem Lebensarbeitszeitkonto oder der ausgelaufenen und nicht wieder erneuerten Altersteilzeit. Diese Modelle müssen aber für die Beschäftigten und nicht für den Hamburger Haushalt gemacht sein. Jeder Beschäftigte muss dabei selbst, also freiwillig, entscheiden dürfen, ob er von ihnen Gebrauch machen will.

Tarifbeschäftigte in der Kriminalitätsbekämpfung

Tarifbeschäftigte leisten in vielen Bereichen einen zentralen Beitrag für die Kriminalitätsbekämpfung. Dazu gehört aber auch eine gerechte Eingruppierung und Vergütung der Arbeit. Hier hat der BDK im Personalrat in den letzten Jahren die Forderungen von zahlreichen betroffenen Kolleginnen und Kollegen durchsetzen können. Ebenso konnte die Intensivierung der Fortbildung zur Qualifizierung durch die Einführung eines Lehrgangsangebotes und der Befriedigung angemeldeter Fortbildungsbedarfe erreicht werden. Beispiele, die deutlich machen, was engagierte Arbeit bewirkt hat. Diesen Weg wollen wir konsequent fortsetzen. Über Ergebnisse wird Meral Cakar laufend informieren. Denn Transparenz ist uns wichtig!

Personaleinstellungs- und Personalentwicklungskonzepte für Tarifbeschäftigte

Der Polizeivollzug hat sein Laufbahnverlaufsmo-
dell und damit eine wenn auch nicht optimale so doch verlässliche „Karrierperspektive“. Die Tarifbeschäftigten hingegen haben faktisch nichts. Die Kriminalpolizei muss sich aber in vielen technischen und wissenschaftlichen Bereichen den Sachverstand „von außen einkaufen“, da die notwendigen Spezialkenntnisse nicht durch interne Aus- und Fortbildung zu befriedigen sind, das Spezialwissen aber erforderlich ist. Erst diese Spezialisten innerhalb der Kriminalpolizei machen eine innovative und effektive Kriminalitätsbekämpfung mit all ihren Facetten möglich.

Das Korsett des TV-L ist nicht so starr, wie es auf den ersten Blick erscheint. Maßnahmen, die den finanziellen Spielraum nach oben gewährleisten, sind möglich. Hier geht es nicht um das Können, sondern um das Wollen. Das gern genommene Totschlagargument des „sicheren Berufs“ und Lob, das nichts kostet, reichen da nicht aus. Bei allem Idealismus, auch Beschäftigte wollen adäquat entlohnt werden. Wir konkurrieren bei der Gewinnung von Fachpersonal mit dem freien Markt.

Der BDK fordert von den Verantwortlichen ihre starre Haltung aufzugeben. Für die notwendige Qualität bei den Gesuchten muss unser Arbeitgeber schon seine Geldtasche ein wenig mehr öffnen. Ansonsten kommt das Fachpersonal erst gar nicht oder läuft uns schnell wieder weg.

Soziale Einschnitte nicht als selbstverständlich hinnehmen

Der BDK und seine Personalratsmitglieder haben ihre Kampagnen- und Durchsetzungsfähigkeit hinlänglich unter Beweis gestellt. Alles musste mit harten Bandagen erkämpft und/oder verteidigt werden. Im Ergebnis ist nüchtern festzuhalten, dass manches erreicht, manches nicht verhindert werden konnte. Aber auch der Blick über Hamburgs Tellerrand hinaus in andere Bundesländer macht deutlich, dass sich dieser Kampf gelohnt hat.

Aber mit Blick in die Zukunft zeigt sich:

Der Kampf des BDK und seiner Personalratsmitglieder gegen soziale Einschnitte muss und wird weiter gehen!

Personalratswahl 2010 – BDK wählen!

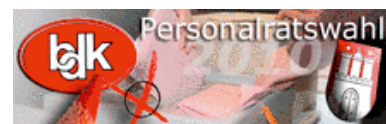
Eure Kandidaten für die Personalratswahl 2010

Der BDK stellt sich in der jeweiligen Gruppe der Beamten und der Arbeitnehmer mit einer eigenen Liste dem Votum der Wählerinnen und Wähler.

Die Kandidatenlisten hat der Landesvorstand mit den dazugehörigen Zustimmungserklärungen der Kandidaten dem Wahlvorstand übermittelt.

Den Kandidatenlisten liegen viele positive Entwicklungen in unserem Landesverband zu Grunde

Das sind eure Kandidaten:



Personalratswahl 2010

Das BDK-Team der Beamten

Listenplatz	Vorname	Nachname	Dienststelle
1	André	Schulz	Personalrat
2	Christian	Schmidt	LKA SP
3	Thorsten	Eckmann	Personalrat
4	Wolfgang	Heide	LKA 14
5	Hagen	Höltmann	PK 31/KED
6	Karsten	Serfahs	LKA 524
7	Jörg	Wellner	LKA 25
8	Bettina	Dullin	LKA 42
9	Cornelia	Velten	LKA 52
10	Hartmut	Bollmann	WSPK 24
11	Felix	Karch	PK 23/KED
12	Bastian	Kaspereit	ZD 65
13	Uwe	Ebert	ZD 612
14	Herbert	Zotzmann	PK 46/KED
15	Oliver	Schwabe	LKA 411
16	Mathias	Idel	PK 37/KED
17	Friedhelm	Schneider	PK 15/KED
18	Jürgen	Trzoska	BAO HWE
19	Norbert	Bielert	PK 44/KED
20	Axel	Podlech	FLD
21	Jörg	Lembke	DIE
22	Matthias	Dunken	PK 47/KED
23	Frank	Bueschler	PK 31/KED
24	Dr. Christiane	Röscheisen	LKA 35
25	Oliver	Appelt	LKA 42
26	Joachim	Wegner	PK 42/KED
27	Frank	Barkowsky	BAO HWE
28	Julia	Mahnken	LKA 21
29	Bernd	Kipcke	PK 23/KED
30	Detlef	Spielmann	LKA 41
31	Harald	Reichen	PK 11/KED
32	Christian	Schöpf	LKA 63
33	Jan	Reinecke	DIE
34	Steffen	Sanftleben	LKA 54
35	Jörg	Bracker	ZD 62
36	Manfred	Matho	LKA 45
37	Mario	Look	PK 14/KED
38	Gregor	Scholzen	LKA 25

39	Stefan	Meder	ProEva
40	Claudia	Molles-Rehaag	ZD 66
41	Thomas	Sticklies	LKA 54
42	Michael	Rehaag	PK 46/KED
43	Christian	Thoma	LKA 45
44	Michael	Wegner	PK 14/KED
45	Tobias	Kropp	LKA 12
46	Christian	Gohlke	PK 38/KED
47	Rene	Rache	ZD 64
48	Norbert	Rodewohlt	PK 42/KED
49	Birte	Hell	PSt 323
50	Heiko	Thater	LKA 42
51	Andreas	Lemke	PK 11/KED
52	Torsten	Miske	PK 14/KED
53	Sarah	Urbanek	LKA 532
54	Dr. Arno	Holzmann	LKA 33
55	Rolf	Winko	PK 24/KED
56	Frank	Lasar	LKA 72
57	Ingo	Kant	LKA 51
58	Günter	Lemke	LKA 62
59	Thomas	Brandt	PK 36/KED
60	Stefan	Dreymann	LKA 43
61	Eckhard	Carrie	PK 11/KED
62	Fred	Bauer	LKA 7011
63	Jens	Gustafson	LKA 01
64	Stefan	Hartmann	PSt 3
65	Dirk	Arenz	DIE
66	Carsten	Schmidt	LKA 64
67	Jens	Knupper	ZD 65
68	Jörg	Schröder	LKA 44
69	Martin	Hardenberg	PSt 1
70	Ralf	Warns	LKA 7013
71	Torsten	Bock	PK 25/KED
72	Dirk	Radszuweit	LKA 11
73	Gerhard	Banse	PK 21/KED
74	Cordula	Böttcher	LKA 61
75	Jörn	Blicke	LKA 23
76	Wolfgang	Ketels	ZP 31
77	Susanne	Theuermann	ZD 14

78	Susanne	Kunhardt	LKA 15
79	Hans-Jürgen	Thomas	LKA 71
80	Marco	Nickel	PK 21/KED
81	Melanie	Wendlandt	PK 25/KED
82	Stefan	Bauch	LKA 65
83	Ingo	Kosiel	PK 43/KED
84	Sascha	Brandes	ZP 21
85	Stefan	Degener	LKA 2421
86	Achim	Bitterlich	LKA 66
87	Arne	Schwoch	LKA 681
88	Thomas	Schwarze	LKA 39
89	Johann	Böge	PK 34/KED

90	Hendrik	Hoene	LKA 64
91	Matthias	Prothmann	LKA 417
92	Sandra	Krausch	PK 26/KED
93	Meike	Schubert	PK 33/KED
94	Rolf	Zander	LKA 201
95	Günter	Woitzik	LKA 36
96	Jörg	Jostes	LKA 432
97	Dieter	Inert	LKA 123
98	Thomas	Anbergen	PK 17/KED
99	Britta	Lindholm	PK 35/KED
100	Andreas	Kokenge	ZD 63

Kripo wählt BDK!

DEMONSTRATION



Kriminalpolizei mit dem Rücken an der Wand

24. April 2010 | 9:30 - 12:00 Uhr

Auf zur Demonstration beim Bundesparteitag der FDP!

Treffpunkt: Congress-Centrum Köln Messe

Eventhalle 9 | Deutz-Mülheimer Straße 111 | 50679 Köln

Nicht nur die Kolleginnen und Kollegen aus NRW brauchen unsere solidarische Unterstützung.

Die Kriminalpolizei an sich, unser Berufsbild, braucht diese Unterstützung, diese Demo, um ein deutliches Zeichen zu setzen.

Deshalb werden wir mit einer Hamburger Delegation natürlich an dieser Demonstration teilnehmen!

Wir fahren am Samstag, 24. April, um 04:42 Uhr mit der Bahn von Hamburg nach Köln.

Nach jetziger Planung werden wir gegen 19:15 Uhr zurück in HH sein.

Meldet euch bitte umgehend per E-Mail unter lv.hamburg@bdk.de verbindlich für die Teilnahme an der Demo an.

Personalratswahl 2010

Das BDK-Team der Arbeitnehmer

Platz	Vorname	Nachname	Dienststelle
1	Meral	Cakar	PR
2	Andreas	Niemann	LKA 13
3	Silvia	Hoffmann	LKA 51
4	Andrea	Hackbarth-Rouvel	LKA 14
5	Ulf-Eike	Werner Dr.	LKA 35
6	Oliver	Behr	LKA 14
7	Ilona	Messerschmidt	LKA 38
8	Arzu	Beck	LKA 67
9	Silke	Schendzielorz	LKA 36
10	Renate	Kämpfer	LKA/EG 091
11	Jens	Leutloff	LKA 7014
12	Anke	Lüchow Dr.	LKA 35
13	Dietmar	Haverland	LKA 31
14	Sigrid	Hils	LKA 13
15	Mike	Böhme	LKA 14
16	Dirk	Hauschild	LKA 33
17	Silke	Lütt	LKA 13
18	Nadine	Mittag	ZD 66
19	Michael	Renken	LKA 15
20	Claus	Süchting	LKA 13
21	Martin	Wagner	LKA 14
22	Kirsten	Jaschke	LKA 53
23	Holger	Gomell	LKA 39
24	Norbert	Schulz	LKA 38
25	Dieter	Messerschmidt	LKA 31
26	Michael	Hußmann	LKA 502
27	Frank	Hartwig	LKA 14
28	Oliver	Wanitzke	LKA 13
29	Nusret	Sözen	PK 41/KED
30	Jan	Neumann	LKA 35
31	Doris	Schmidt	LKA 76
32	Esther	Jarchow	LKA SP
33	Heiko	Nagewitz	LKA 25
34	Uta	Grützner	LKA 502
35	Cornelia	Pahl	LKA 417
36	Axel	Käfer	LKA 31
37	Nicole-Anja	Ehrke	LKA 502
38	Simone	Rabitz-Suhr	LKA SP
39	Yvonne	Schröer	LKA 601
40	George	Kobi	LKA 501
41	Heidemarie	Teegen	LKA 68
42	Roswitha	Bernitt	ZD 67
43	Angela	Kennhöfer	LKA 51
44	Barbara	Aßmus	VD 011
45	Viola	Christan	LKA 51

46	Christian	Janzen	ZD 62
47	Wolfgang	Kusch	LKA 13
48	Bernd	Benecke	LKA 14
49	Harald	Theophile	VT 453
50	Ute	Siggelkow	LKA 722
51	Jutta	Manthei	VT 6
52	Sylvia	Schöpke	LKA 601
53	Bärbel	Hüttenberger	PK 42/KED
54	Florian	Joseph	LKA 36
55	Joaquim	Lopes	LKA 14
56	Udo	Begert	VT 53
57	Joachim	Keller	LKA 13
58	Ismet	Isik	LKA 601
59	Meike	Czock	LKA 13
60	Hergen	Tieding	LKA 39
61	Wolfgang	Krack	LKA 13
62	Alida	Steinbach	LKA 39
63	Ralf	Thielmann	LKA 14
64	Barbara	Wende	VT 114
65	Alpaslan	Akpinar	LKA 13
66	Birgit	Kaehlert	VT 114
67	Ingrid	Zimmermann	LKA 417
68	Birgit	Volkman	LKA 7011
69	Christiane	Ottrand	LKA 12
70	Stefan	Wett	VT 6
71	Eva	Mohr	LKA 52
72	Elfriede	Koenig	ZP 16
73	Susanne	Neumann	VT 1141
74	Rosemarie	Grundmann	PK 34/KED
75	Matthias	Ehrmann	PK 31/KED
76	Regina	Gramzow	LKA 13
77	Monika	Krzyscik	LKA 417
78	Christine	Löhden	LKA 502
79	Monique	Arndt	DIE

**Beschäftigte in der
Verbrechensbekämpfung
wählen BDK!**



Das BDK-Team der Beamten



Liste 1



BDK ist Kripo! Kripo ist BDK!

kompetent +++ konsequent +++ kämpferisch +++ kompetent +++ konsequent +++ kämpferisch +++ kompetent +++ konsequent



Das BDK-Team der Arbeitnehmer



Liste 2



BDK ist Kripo! Kripo ist BDK!

kompetent +++ konsequent +++ kämpferisch +++ kompetent +++ konsequent +++ kämpferisch +++ kompetent +++ konsequent

Laufbahnverlaufsmodell - Nach Beförderungsstopp durch OVG-Urteil: Polizeiführung weiterhin planlos! A9er mit Verweilzeiten ab 5 Jahren umgehend befördern

Am 17. Februar urteilte das OVG Hamburg: Die Durchführungspraxis des Laufbahnverlaufsmodell (LVM) entspricht nicht den Grundsätzen des Art. 33 Grundgesetz, ist also verfassungswidrig.

Beförderungen nur nach Regelverweilzeiten und dann noch nach sieben und mehr Jahren entsprechen nicht dem Grundsatz der „Eignung, Befähigung und fachlichen Leistung“. Die Polizeiführung hatte anschließend entschieden, über 650 LVM-basierenden Beförderungen für das Jahr 2010 zu stoppen.

Jetzt 2 Monate nach dieser Entscheidung ist immer noch nicht abzusehen wie es mit dem LVM weitergehen soll.

Seit Inkrafttreten des LVM hat der BDK immer wieder deutlich gemacht, dass die Regelverweilzeiten zu lang sind. In der Vergangenheit wurde vielfach von uns auf die Fehler des Beurteilungssystems hingewiesen. Und zuletzt wurde wieder deutlich gemacht, dass das Leistungsträgerfeststellungsverfahren diesen Namen nicht verdient, weil es tatsächlich kein Beförderungsmodell für Leistungsträger ist. Befördert wird nur nach Kassenlage (Anzahl der Bezahler) und ohne eine fachlich notwendige Funktionsdifferenzierung. Der BDK hat ständig auf allen notwendigen Ebenen die Mängel am Gesamtsystem (LVM, Beurteilung, LT-Verfahren) aufgezeigt. Ziel war es immer, das bestehende LVM entsprechend zu modifizieren.

Die Polizeiführung, allen voran Polizeipräsident Werner Jantosch, hat aber die gesamte Zeit über die vielen Warnungen, sowohl von gewerkschaftlicher wie aber auch von justizieller Seite, beharrlich ignoriert. Wider besseres Wissen wurden Durchhalteparolen ausgegeben. Jährlich wurde rechtsfehlerhaft die Herstellung der Maßstabsidentität verkündet, obwohl der Polizeipräsident um die Fehler wusste. Seine Einsetzung der Evaluierungsgruppe erfolgte viel zu spät. PL war nicht bemüht, die allseits bekannten Missstände im System frühzeitig zu beseitigen und aus diesem Grund ist er mitverantwortlich für das OVG-Urteil und seine zu befürchtenden Auswirkungen.

Am 5. März lud Werner Jantosch die betroffenen Kolleginnen und Kollegen zu einer „Dienstbesprechung“ in die Laeishalle ein. Die persönliche Einladung diente für die Veranstaltung als Legitimation, um „den Personenkreis klein zu

halten“. Ein Personalratsvertreter wurde erst auf Nachfrage eingeladen, allerdings ohne Rede-recht! Gewerkschaftsvertreter waren dort hingegen ausdrücklich nicht erwünscht! Was die Betroffenen dann zu hören bekamen, waren, wie befürchtet, vage Absichtserklärungen und Durchhalteparolen. Die Kollegen wollen aber nicht hingehalten werden, sie wollen verlässliche Antworten!

Der BDK hat bereits PL aufgefordert, als Sofortmaßnahme ab sofort alle Kolleginnen und Kollegen in A9, die mindestens 5 Dienstjahre geleistet und eine Beurteilung von mindestens 2,7 Punkten haben, umgehend und auch weiterhin zu A10 zu befördern. Das OVG führte in seinem Urteil nämlich u.a. aus, dass nicht zu beanstanden sei, dass für das Eingangsamts A7 die Beförderungsentscheidungen zu A8 an eine Regelverweilzeit von fünf Jahren geknüpft ist und bei Nachweis anforderungsgerechter Leistungen den mit zunehmendem Dienstalalter typischerweise entstehenden Zuwachs an dienstlichen Erfahrungen und damit Eignung und Befähigung für die ersten Beförderungsdienstposten vorrangig berücksichtigt wird. Diese Praxis würde laut OVG den Anforderungen des Art. 33 GG gerecht werden. Diese Sachlage wurde seitens der Polizeiführung auch akzeptiert und die betreffenden Kolleginnen und Kollegen werden weiterhin befördert. Offensichtlich wurde dabei die Tatsache übersehen, dass diese Regelung analog auch für die Dienstanfänger (Seiteneinsteiger) der (Kriminal-)Polizei anzuwenden ist. Mit identischer Begründung könnte also entsprechend von A9 zu A10 befördert werden.

Hier kommt es nur noch auf den Willen der Verantwortlichen an!

Diese Entscheidung wäre natürlich nur ein Anfang, denn auch die Kolleginnen und Kollegen in A10 erwarten zeitnah ein für sie positives Signal. PL in der Laeishalle zu dieser Forderung: „Wäre schön, dafür haben wir aber leider kein Geld.“ Auch aus der Aussage wird wieder deutlich, dass Beförderungen bei der Hamburger Polizei nichts mit Leistung zu tun hat, sondern lediglich vom Haushalt abhängt.

Politik, Senat und Bürgerschaft sowie die Polizeiführung müssen jetzt ohne jede weitere Verzögerung die von ihnen selbst geschaffenen Probleme aufgreifen und zeitnah gerechte sowie akzeptable Lösungen präsentieren. Das sind sie ihren Mitarbeitern schuldig!

Gequält bis in den Tod Kinderschicksale in Deutschland

Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland 188 Kinder unter 14 Jahren getötet und 3426 Fälle von Kindesmisshandlung mit 4102 Opfern polizeilich registriert. Fälle - ein schreckliches Wort in diesem Zusammenhang!

Die Dunkelziffer liegt jedoch um ein Vielfaches höher und kann derzeit nicht genau beziffert werden.

Es handelt sich um Kinder, die oftmals über Jahre leiden, die grundlos unvorstellbare körperliche und seelische Grausamkeiten aushalten müssen. Schlimmstenfalls bis zum Tod!

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter will der Not unserer Kinder nicht tatenlos zusehen. In Zusammenarbeit mit der Techniker Krankenkasse (TK) wurde die Broschüre „Kindesmisshandlung“ erstellt, die unsere Gesellschaft aufwecken soll.

Wir müssen unsere Kinder wirksam schützen! Hierbei dürfen der Datenschutz oder gar finanzielle Überlegungen nicht im Wege stehen!

Der BDK fordert daher die Politik zum sofortigen Handeln auf:

- Wir brauchen in Deutschland ein wirksames Kinderschutzgesetz!
- Wir brauchen einen Ausbau des Systems der „Frühen Hilfen“ für Eltern!
- Wir brauchen ein bundesweites Warnsystem für Ärzte!
- Wir brauchen eine Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht!

Ärzte müssen sich untereinander austauschen und bei Verdacht auf Vernachlässigung, Misshandlung oder Missbrauch, die für den Kinderschutz zuständigen Behörden informieren können, ohne sich selbst der Gefahr einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen. Der BDK befürwortet den Aufbau eines bundesweiten Informationssystems für Ärzte nach Vorbild des Duisburger Modells „**RISKID**“ (Risikokinderinformationsdatei), das diesen notwendigen Informationsaustausch ermöglicht.

Der BDK ist bereits im Gespräch mit der LKA-Führung, die sich dieses wichtige Thema auf die Fahne geschrieben hat und die Umsetzung in Hamburg unterstützt.

Wir dürfen es nicht länger zulassen, dass unsere Kinder vernachlässigt, misshandelt, missbraucht und getötet werden! Wir werden die Politik zum Handeln auffordern!

Die Broschüre kann kostenlos bei der Landesgeschäftsstelle bezogen werden.



Die Broschüre ist auch als PDF auf www.bdk.de/fachthemen/publikationen/pockettips zum Download erhältlich.

Sexueller Missbrauch: Die Schädigung an den Seelen der Opfer unterliegt nicht der Verjährung!

Die Verjährungsfristen könnten für viele Täter eine Art Rettungsanker sein, den Opfern bleibt aber oft dieser wichtige Schritt des Prozesses als Teil der Traumabewältigung versagt. Die Verjährungsfristen müssen sich an den tatsächlichen Handlungs- und Erkenntnismöglichkeiten der Opfer orientieren, und nicht an einer wie auch immer gearteten juristischen Systematik.

Den generalpräventiven Aspekt kann man dabei skeptisch sehen. Aber die Opfersichtweise, die Chance der Aufarbeitung des Erлittene, wenn dem Täter dann Gerechtigkeit widerfährt, steht einer Demokratie mit gewissen ethischen Maßstäben gut zu Gesicht. Egal aus welchem Bereich die Täter, ob Schiedsrichterausbilder, Künstler oder Kirchenvertreter, sind.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter unterstützt die Forderung nach einer Abschaffung von Verjährungsfristen für Fälle des sexuellen Missbrauchs von Kindern. Weiterhin fordert der BDK, solche Taten zukünftig grundsätzlich als Verbrechen mit einer Freiheitsstrafe von nicht unter einem Jahr zu bestrafen.



Fachtagung des BDK und des WEISSEN RING

Anforderungen an einen wirksamen **KINDERSCHUTZ**

Themen u.a.:

- Kindesmisshandlung | Fälle aus der Praxis
- Riskid | Wie können Kinderärzte Missbrauch erkennen und verhindern?
- Reformbedarf des Kinder- und Jugendhilfesystems
- Kinderschutz in Hamburg
- Podiumsdiskussion



21. April 2010 | 09:15 – 14:00 Uhr

Polizeipräsidium Hamburg · Großer Sitzungssaal

In Kooperation mit:



www.bdk.de

Gewalt gegen Polizeibeamte

Die Polizei: Helfer, Feind und Opfer?

Die Zunahme von Gewaltdelikten gegen Polizeibeamte ist nicht nur ein deutsches, sondern auch ein europäisches Problem. Steigende Fallzahlen, auch in Hamburg, haben heute einen Intensitätsgrad erreicht, der dringend Gegenmaßnahmen erforderlich macht.

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter, Landesverband Hamburg, begrüßt deshalb ausdrücklich die Initiative der Politik, das Kriminalitätsphänomen „Gewalt gegen Polizeibeamte“ erneut wissenschaftlich untersuchen zu lassen. Durch eine weitere umfassende Datenanalyse lassen sich bessere Erkenntnisse über die Häufigkeit und Schwere sowie die Entwicklung der Gewalt gegen Polizeibeamte/Vollstreckungsbeamte erhoffen.

Wenn die Datenerhebung dann aber durch einen solchen fast skandalösen Fragebogen erfolgen soll, wie er in den Ländern vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN) präsentiert wurde, schrillen doch so einige Alarmglocken.

Einleitung

Eine deutliche Zunahme der Gewaltdelikte auf den Straßen und schreckliche Übergriffe bis hin zu Tötungen von Polizeibeamten entfachten bereits 2000 eine breite Diskussion um das Thema Gewalt gegen Polizeibeamte/Vollstreckungsbeamte.

Die Diskussion wurde damals fachlich durch hochrangig besetzte Projektgruppen (AK II) und wissenschaftlich durch das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KfN) geführt. Schon damals waren sich alle Innenminister¹ einig, dass alle Optimierungsbemühungen nicht an Haushaltszwängen scheitern dürfen.

Die ersten Ergebnisse machten Hoffnung. Es wurde festgestellt, dass es bei den Polizeibeamten keine wesentlichen Regelungs- oder Wissensdefizite, sondern „nur“ Umsetzungsdefizite beim Verhalten oder der Nutzung der Fernmelde- und Einsatzmittel gibt. Damit glaubte man, das Problem im sehr schnell im Griff zu haben. Eine trügerische Vorstellung, wie die Entwicklung der aktuellen Fallzahlen zeigt.

¹ Ergebnis der Telefonkonferenz der IMK vom 28.06.2000

Eine bessere technische Ausstattung und mehr Einsatztrainings scheinen zwar weiterhin unverzichtbar, sind aber trotzdem nicht in der Lage, den unheilvollen Trend aufzuhalten. Die angespannte Personal-, Aus- und Fortbildungssituation unserer Polizei muss bei künftigen Untersuchungen stärker mit berücksichtigt werden.

Ausgewählte Ergebnisse der KFN- Studie von 2001

- Das Risiko eines Polizeibeamten mit Tötungs- oder Verletzungsabsicht angegriffen zu werden, ist erheblich höher als das eines Normalbürgers.
- Die bei Führungskräften vorherrschende Vorstellung der Planbarkeit aller Einsatzsituationen ist eine Fiktion. Der Umgang mit unplanbaren Geschehnissen muss stärker als bisher trainiert werden.
- Die polizeiliche Fehlerkultur „Wir machen keine Fehler und wenn, dann reden wir nicht darüber“ steht einer kontinuierlichen Weiterentwicklung der Professionalität entgegen.
- Es fehlt eine durchgängige Implementierung von „Hilfestellen“ bei den Behörden als feste beratende Ansprechpartner für verletzte Kolleginnen und Kollegen und Hinterbliebene.

Statistische Betrachtung Hamburg

In Hamburg entwickelten sich die Fallzahlen im Langzeitvergleich im Bereich der Gewaltkriminalität stetig nach oben.

Hierbei ist die Aussage zulässig, dass Widerstandshandlungen im Zusammenhang mit Fußballspielen oder Demonstrationen nur unzulänglich in der PKS abgebildet sind.

Aufgrund der vorliegenden statistischen Zahlen ist ein Anstieg von Widerstandshandlungen in den Urlaubsmonaten und in den Abend- und Nachtstunden festzustellen - Zeiten also, in denen die Polizei mit Mindeststärken ihren Dienst versieht.

Konkrete Aussagen, wie viele dieser Taten unter welcher Menge Alkohol- oder Drogeneinfluss begangen wurden, können wegen regelmäßiger Unverhältnismäßigkeit der Blutprobenentnahme nicht getroffen werden. Es steht aber fest, dass Alkohol und Drogen eine nicht unerhebliche Rolle bei der Tatbegehung spielen (über 70 %).

	1990	1992	1994	1996	1998	2000	2002	2004	2006	2008
Rohheitsdelikte:	14.582	16.259	16.119	19.116	20.143	24.843	23.785	26.610	29.534	31.419
2000 (ab '08: 200000)	64,5%	61,4%	63,6%	67,3%	70,9%	72,2%	75,7%	75,4%	78,0%	79,0%
Körperverletzung	8.200	8.546	8.449	9.729	10.687	14.215	14.743	17.436	20.561	22.111
2200 (ab '08: 220000)	76,9%	75,7%	77,9%	81,6%	82,2%	81,0%	83,5%	81,6%	82,3%	82,2%
Gewaltkriminalität	7.001	3.114	NN	9.322	9.675	8.916	8.817	9.108	8.978	8.846
8920 (ab '08: 892000)	46,5%	44,8%	NN	49,2%	53,5%	61,7%	56,3%	58,9%	62,0%	64,7%
Gef.+schw.KV:	2.355	2.485	2.537	2.934	3.499	3.451	3.879	4.603	5.253	5.510
2220 (ab '08: 222000)	70,7%	71,6%	73,8%	77,6%	76,0%	75,8%	76,6%	76,5%	75,7%	76,4%
Widerstand	449	394	322	522	645	743	869	1.161	1.135	1.153
6210 (ab '08: 621000)	96,0%	99,8%	88,5%	101,9%	108,2%	101,6%	103,1%	98,1%	99,3%	99,1%

Zunahme von Gewalt

Es ist offenkundig: Brutalität und Gewalt in unserer Gesellschaft steigen unaufhörlich. Hemmschwellen gibt es so gut wie keine mehr und ein Respekt vor der Polizei ist, insbesondere im Zusammenhang mit Alkohol, so gut wie nicht mehr vorhanden. Prügeln mit und Bedrohen von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten – auch übers Internet – entwickeln sich immer mehr zu einem „Trendsport“, der auch von „normalen“ Bürgern längst nicht mehr nur bei Fußballspielen und Demonstrationen praktiziert wird.

So wird Gewalt immer häufiger als angenehm, luststeigernd und stark empfunden.

Wenn bei den letztjährigen Maidemonstrationen in Berlin erstmalig Einsatzkräfte mit Giftgranaten aus Militärbeständen angegriffen wurden, muss jedem deutlich werden, dass Grenzen überschritten sind. Auch die Ausschreitungen bei den sogenannten „Schanzenfesten“ haben längst keinen politischen Hintergrund mehr.

In Zeiten, in denen immer mehr Fußballspiele bis in die Kreisklasse hinein eskalieren, muss eine Polizei auch personell in die Lage versetzt werden, Sicherheit mit „Deeskalation durch Stärke“ zu gewährleisten. Geschieht das nicht, besteht die Gefahr, dass immer mehr Polizeibeamte auf diese Form Gewalt hilflos mit Verhaltensänderungen reagieren, die einer äußeren Kündigung gleichen:

Unsicheres Auftreten, übertriebene Vorsicht, Ausweichen bei gefährlichen Situationen.

Spezifische Ursachen

Die vielfältigen Einflussfaktoren der Gewalt bedürfen gegenüber einem fachkundigen Publikum keiner Erwähnung.

Für den Bereich der Polizei stellen wir eine erhebliche Zunahme von problematischen Kontrollsituationen mit einem erheblichen

Fehldeutungsrisiko fest. Gewaltbiographien der späteren Täter sind oft beim Einsatzbeginn noch nicht bekannt und erschweren es, ein Gewaltverhalten im Voraus überhaupt abschätzen zu können. So wird jede Verkehrskontrolle, jede Identitätsfeststellung, jede Vernehmung, praktisch jede Amtshandlung ein Risiko.

Damit wird nochmals das berufsspezifische Risiko jedes Polizeibeamten deutlich, jederzeit an jedem Ort Opfer von Straftaten zu werden. Ein Risiko, das allein dadurch minimiert werden kann, wenn die Polizei in ausreichender Einsatzstärke auftritt. Eine schwache Einsatzstärke wird hingegen fast immer als Aufforderung verstanden, besonders gewalttätig gegen Polizisten vorzugehen.

Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte

Der Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und ihnen gleichgestellten Personen stellt ein Vergehen nach den §§ 113, 114 StGB dar.

Geschützte Rechtsgüter sind die rechtmäßige Vollzugstätigkeit, also die Vollstreckungsgewalt des Staates, sowie die Integrität der dazu berufenen Organe.

Bei dieser Straftat handelt es sich um ein so genanntes unechtes Unterlassungsdelikt, bei dem ein erfolgreiches Widerstandleisten nicht gefordert wird.

Als Täter kommt neben dem, der von der rechtmäßigen Vollstreckungshandlung betroffen ist, auch ein unbeteiligter Dritter in Betracht, wenn dieser die Vollstreckungsmaßnahme objektiv als solche erfasst hat und diese subjektiv vereiteln möchte.

Während der Strafraumen eines Widerstandes gemäß § 113 Abs. 1 StGB mit bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe geahndet werden kann, fallen Widerstände nach § 113 Abs. 2 (Mitführen einer Waffe im technischen Sinne mit Verwendungsabsicht und Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung für den ein-

schreitenden Beamten) mit einer Strafandrohung von sechs Monaten bis zu fünf Jahren etwas höher aus.

Damit liegt das Strafmaß für „normale“ Widerstandshandlungen z.B. unter dem vom Ladendiebstahl (§ 242 StGB – Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder mit Geldstrafe) und der Jagdwilderei (§ 292 Abs. 1 StGB – Freiheitsstrafe bis 3 Jahre oder Geldstrafe). Auch die Strafandrohung für die Beschädigung eines Streifenwagens (§ 305 a Abs. 1 Nr. 2 StGB – Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe) enthält ein höheres Strafmaß als eine Widerstandshandlung.

Hintergrund für diesen relativ geringen Strafraumen ist der Erregungszustand des von der Vollstreckungsmaßnahme Betroffenen und dessen psychischer Ausnahmesituation.

Ein Strafraumenminderungsgrund, der zwar für den „Spontantäter“ aber eindeutig nicht für den eingangs beschriebenen neuen „Event“-Tätertyp gilt. Insbesondere wegen dieser „neuen“ Täter muss der Strafraumen deutlich angehoben werden. So bleibt weiterhin Raum für eine schnelle justizielle Reaktion ohne aus Widerstandshandlungen Bagatelldelinquenz zu machen.

Der Dienstunfall

In Zeiten, in denen Polizeibeamte immer stärker Gewalt ausgesetzt sind, steigt die Gefahr eines Dienstunfalls und damit die negativen Folgen für den Beamten und seine Familie.

Dabei verdrängen gerade jüngere Beamtinnen und Beamte, dass das soziale Netz nach einer Gesundheitsschädigung, die zur Entlassung oder Pensionierung aus dem aktiven Dienst führt, sehr dünn sein kann.

Im Einsatzgeschehen sind dabei vorrangig die Beamten „auf Widerruf“ betroffen, die weder einen Anspruch auf Unfallruhegehalt noch auf eine erhöhtes Unfallruhegehalt haben. Gerade diese jüngere Altersgruppe finden wir als Praktikanten im Wechselschichtdienst der Schutz- und Kriminalpolizei.

Jede vorsätzliche Verletzung/Tötung eines Polizeibeamten im Zusammenhang mit einer Diensthandlung muss auf der Ebene der Fürsorge über die materielle Stufe eines „qualifizierten“ Dienstunfalls behandelt werden.

Bei einer Widerstandshandlung muss die antiquierte Unterscheidung zwischen „normalem“ und „qualifiziertem“ Dienstunfall der Vergangenheit angehören.

Es darf nicht sein, dass auch in Hamburg schwer verletzte Polizeibeamtinnen oder –beamte oder ihre Hinterbliebenen vor Gericht um eine

Anerkennung kämpfen müssen. Hierzu bedarf es parallel eine kompetente, zeitnahe Beratung durch feste behördliche Hilfestellen.

Gewerkschaftliche Forderungen

Die Forderungen des Bund Deutscher Kriminalbeamter sind eingebettet in allgemeine gesellschaftliche Forderungen, ohne die eine Änderung der Einstellung zum Thema Gewalt nicht umsetzbar ist.

Allgemeine gesellschaftliche Forderungen

Ächtung von Gewalt in unserer Gesellschaft durch:

- Stärkere Sensibilisierung der Gesellschaft bei Gewalt gegen Polizeibeamte: Widerstand ist kein Kavaliersdelikt. Es muss deutlich werden, dass derjenige, der Organe des Staates angreift, die Gesellschaft angreift.
- Gewaltanwendung darf nicht zum Erfolg führen, sondern muss deutlich als Misserfolg erlebt werden. Deeskalation ist kein Allheilmittel für alle Einsatzlagen. Gerade bei emotionalisierten oder alkoholisierten Tätern fördert Deeskalation eher Gewalt. Jede noch so kleine gewaltorientierte Verhaltenstolerierung wird von diesem Täterkreis als Gewaltbestätigung und Gewalterfolg empfunden. Durch eine dosierte Eskalation durch die Polizei erlebt der Gewalttäter systematisch Misserfolge und reduziert mittel- und langfristig seine Gewaltaktivitäten.
- Dauerhafte Stabilisierung des Stellenwertes der Polizei in unserer Gesellschaft

Rechtliche Forderungen – Strafrecht

Der Bund Deutscher Kriminalbeamter hält eine inhaltliche Erweiterung der Tatbestandsmerkmale des § 113 StGB unerlässlich und schlägt folgende Formulierung vor:

„Ebenso wird bestraft, wer Weisungen von in Abs. 1 genannten Vollstreckungsbeamte und Soldaten der Bundeswehr nicht befolgt oder andere dazu bringt, solche Weisungen nicht zu befolgen und dadurch die Bereitschaft einer Personmehrheit zu Widerstandshandlungen fördert.“

Ebenfalls wird bestraft, wer durch sein Verhalten absichtlich dazu beiträgt, dass eine gebotene Amtshandlung wesentlich erschwert oder nicht vorgenommen werden kann.“

Der Strafraumen des § 113 StGB ist dabei gleichzeitig anzuheben.

Rechtliche Forderungen - Versorgungsrecht

Der bestehende Dienstunfallschutz muss überprüft und deutlich verbessert werden.

Eine Dienstunfähigkeit, welche aufgrund eines rechtswidrigen Angriffs im Dienst verursacht wurde, ist generell und ohne zusätzlich festzustellende Erwerbsminderung als „qualifizierter“ Dienstunfall einzustufen.

Parallel dazu müssen dienstunfallbezogen Aktivprozesse zur unterstützenden/helfenden Beratung der Betroffenen (Beamte und Hinterbliebene) fest bei den Behörden installiert werden.

Spezielle Forderungen

Die Verbesserung der Einsatz- und Schutztechnik sowie eine verstärkte Intensivierung von Einsatztrainings sind wichtige Wegbegleiter für einen erfolgreichen Einsatz, aber alleine nicht ausreichend, die Fallzahlen zu senken.

Die Einsatzstärken im Wechselschichtdienst und bei anderen polizeilichen Anlässen sind dringend zu überprüfen. Eine vernünftige Erfahrungs- und Altersstruktur der Einsatzkräfte muss dabei genauso selbstverständlich sein, wie eine wirklich sachgerechte Schicht- und Einsatzstärke. Die Personalstärke der Schutz- und Kriminalpolizei muss dringend auf die ermittlung- und einsatztaktischen Bedürfnisse der kommenden Jahre angehoben werden.

Umstrittener Fragebogen des KFN in der Kritik

Der Fragebogen umfasst (inkl. der vorgeschalteten 5 Filterfragepunkte) 11 Abschnitte mit 114 Fragepunkten und insgesamt über 500 Einzelfragen. Versucht man die Fragen zu kategorisieren, stellt man fest, dass sich rund 2/3 der Fragen mit der Persönlichkeit des Polizeibeamten, sowohl mit dienstlichem aber auch mit privatem, bis in die Kindheit zurückreichendem Hintergrund befassen. Lediglich ein geringer Teil der Fragen befasst sich mit dem konkreten Einsatz, der zum Gewaltübergriff geführt hat, sowie mit dem Täter des Gewaltübergriffs und dann auch nur in einer als oberflächlich zu bezeichnenden Form. Der Fragebogen erweckt den Eindruck, dass nicht wirklich das polizeiliche Gegenüber im Fokus der Betrachtung steht, sondern der Polizeibeamte. Eine besondere Aufmerksamkeit muss man dem IX. Abschnitt („Persönliche Angaben“) widmen. Es erschließt sich nicht, aus welchem Grund z.B. nach einem Migrationshintergrund des Polizeibeamten und dann auch noch in einer derart selektiven Form (deutscher Herkunft, türkische Herkunft, ehem. Sowjetunion inkl. Aussiedler, sonstige Herkunft) gefragt wird.

In der Addition der biometrischen Daten (Alter, Geschlecht, Größe, Gewicht) mit den sonstigen persönlichen Daten (Familienstand, Geburtsort bis hin zu den leiblichen Eltern, Bildungsabschlüsse mit der Untergliederung Westdeutschland/DDR bzw. alte/neue Bundesländer) und den persönlich-dienstlichen Daten (Laufbahnzugehörigkeit, Organisationszugehörigkeit, besondere Verwendungen u.a.) und ergänzend dazu die Fragepunkte Nr. 45 und 46 (dauerhafte Außendienstunfähigkeit und/oder stationäre Behandlung nach dem Gewaltübergriff) ist es eine Leichtigkeit, die anonym erhobenen Daten nachträglich zu personifizieren. Damit handelt es sich zudem um einen Personalfragebogen, der der personalrätlichen Mitbestimmung unterliegt.

Auch die Fragen des X. Abschnitt („Einstellungen und Verhaltensweisen“) verwundern doch etwas. Wozu die Fragen, ob möglicherweise bereits in seiner Kindheit begründete Ursachen dazu geführt haben, dass der Polizeibeamte Opfer einer gegen ihn gerichteten Gewalttat geworden ist? Möchte das KFN mit diesen Fragen einen besonderen Opfer-Typ „Polizeibeamter“ herauskristalisieren? Ist das tatsächlich so gewollt? Da ist man nicht nur erstaunt, sondern sogar befremdet über die Art und Weise, wie mit der Thematik, die, bei richtiger Zielrichtung die volle Unterstützung des BDK hat, umgegangen wird.

Und was haben an dieser Stelle die Fragen zum letzten Einsatz im Rahmen „Häuslicher Gewalt“ zu suchen? Will das KFN auf diese Weise Daten erheben, die es dann für eine andere Studie verwenden will? Was wollen das KFN bzw. die Auftraggeber, also die Innensensoren und Innenminister, mit den Antworten auf die Vielzahl der **sehr** persönlichen Fragen, am Ende darstellen?

Möglicherweise will das KFN aber auch in Erfahrung bringen, ob der Dienstherr alles Notwendige getan hat, um seine Bediensteten auf Gewaltübergriffe vorzubereiten und ihnen das notwendige Handwerkzeug mit auf den Weg zu geben (Fragen mit dienstrechtlichem Hintergrund). Eigentlich eine durchaus interessante Fragestellung, die aber nichts mit der Fragestellung der Betrachtung unseres polizeilichen Gegenübers zu tun hat. Der Fragebogen dient eher einem „Ausfragen“ der Polizei bzw. seiner Beamten, denn einer nachvollziehbaren Bewertung der Fragestellung, worin die „Gewalt gegen Polizeibeamte“ begründet liegt.

Somit konnte man abschließend den Kolleginnen und Kollegen leider nur empfehlen, den Fragebogen in der vorgelegten Form, insbesondere unter Berücksichtigung des X. Abschnitts („Einstellungen und Verhaltensweisen“), nicht zu beantworten.

Mittlerweile sind Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Sachsen und der Bund aus der heftig umstrittenen Erhebung ausgestiegen.

„Die Fragebogenaktion hat keine Akzeptanz mehr bei den Polizeibeamten. Deshalb habe ich entschieden, dass Hamburg an der Aktion nicht teilnehmen wird“, so unser Innensenator Christoph Ahlhaus (CDU). „Politik und Gesellschaft sind in der Pflicht, sich schützend vor unsere Polizeibeamten zu stellen. Und dafür brauchen wir angesichts vieler hundert verletzter Polizisten in ganz Deutschland alleine in diesem Jahr keine wissenschaftliche Erhebung und keinen weiteren Beweis, ob es dieses Gewaltphänomen gibt“, so Ahlhaus weiter.

BDK-Landesgeschäftsstelle

Die Geschäftsstelle des BDK-LV HH befindet sich in der

**Alsterdorfer Straße 224,
22297 Hamburg**

und ist dienstags und donnerstags von 13:00 Uhr bis 17:00 Uhr besetzt.

Für alle Fragen rund um den BDK steht euch dort unser Geschäftsstellenleiter Eddy Vollstuben zur Verfügung.



Erreichbarkeiten der Geschäftsstelle:

Tel.: 040/23808992
Fax: 040/23808993
E-Mail: lv.hamburg@bdk.de

Die Modifizierung des Fragebogens kann den bereits erlittenen Vertrauensverlust nicht kompensieren. Ein valides Ergebnis ist bei den weiterhin bestehenden Vorbehalten und dem Ausstieg der größten Bundesländer nicht zu erwarten.

Schade, dass mit einem so wichtigen Thema seitens der Verantwortlichen so fahrlässig umgegangen wird. Jetzt ist Christoph Ahlhaus als IMK-Vorsitzender gefragt, sich dem Thema entsprechend anzunehmen.

Todesfälle

Seit November 2009 verstorbene Kriminalisten:

KHM i.R. Theodor Beckmann im Alter von 96 Jahren

KHK i.R. Rainer Schöning im Alter von 68 Jahren

KHK i.R. Wolfgang Keitel im Alter von 73 Jahren

KOM i.R. Alfred Schroeder im Alter von 89 Jahren

KHK i.R. Uwe Kersten im Alter von 72 Jahren

KD i.R. Helmut Koetzsche im Alter von 81 Jahren

KOK i.R. Ernst Lorenzen im Alter von 93 Jahren

KHK i.R. Günter Furmann im Alter von 71 Jahren

KOK i.R. Dieter Lambrecht im Alter von 61 Jahren

KHK i.R. Gerhard Höder im Alter von 88 Jahren

KOK i.R. Wilhelm Eckert im Alter von 69 Jahren

KD i.R. Hans-Jochen Wolter im Alter von 75 Jahren

KHK i.R. Siegfried Scheffler im Alter von 82 Jahren

EKHK i. R. Harry Freschke im Alter von 85 Jahren

VAe Angela Peters im Alter von 42 Jahren



**Wir werden ihr Andenken
in Ehren halten!**

BDK sichert Fortführung des Fortbildungsangebotes für Tarifbeschäftigte in der Kriminalitätsbekämpfung

Eine Qualifizierung durch Fortbildung ist auch für Tarifbeschäftigte in der Verbrechensbekämpfung zunehmend wichtig.

Zur Erinnerung: Trotz erheblich gekürzter finanzieller Mittel für den Bereich der Fortbildung insgesamt, wurde nach diversen Gesprächen mit dem Personalrat auch seitens der Dienststelle die Notwendigkeit für ein Lehrgansangebot für Tarifbeschäftigte erkannt und nach einer Pause von 12 Jahren endlich Fortbildungslehrgänge für Kriminalangestellte erstmalig im Juli 2005 wieder angeboten. Dieser Lehrgang fand zuletzt im März 2010 statt. Weitere Bedarfe bestehen.

ZP und die Personalräte des BDK waren sich nun in mehreren Gesprächen einig, dass diese erfolgreichen Lehrgänge sowohl fortgeführt werden, als darüber hinaus der Bedarf für eine Erweiterung und Spezialisierung erhoben werden müssen. In Anlehnung an die Bedeutung der Fortbildung für die kriminalpolizeiliche Arbeit wird die Lehrgangsstruktur für Tarifbeschäftigte bei der Kriminalpolizei neu konzipiert.

Zukünftig wird es für alle Tarifbeschäftigten in der Kriminalpolizei einen Grundlehrgang und für die in der Ermittlungssachbearbeitung tätigen Mitarbeiter einen Fachlehrgang geben.

Als weitere Qualifizierung der Ermittlungssachbearbeiter wird der Lehrgang "Erweiterung der fachlichen Kompetenz - K -" für Tarifbeschäftigte geöffnet.

Informationen über den zurückliegenden Lehrgang und zukünftige Lehrgänge vermitteln wir natürlich auch gern. Für Rückfragen steht Euch Meral Cakar zur Verfügung: Tel. 428656623.



Personalräte Meral Cakar (m.l.) und Thorsten Eckmann (m.r.) im Gespräch mit ZP 310 Frau Christine Friedrich und ZP 31 Lehrgansleiter Herrn Achim Dorn

Auf dem Weg zur Expertenkripo...

Die Verzahnung von extern angeeignetem Expertenwissen mit der Ermittlungskompetenz der Kriminalpolizei ist die Zukunft der Kriminalitätsbekämpfung. Polizisten sollen nicht länger zu Fachleuten mit gefährlichem Halbwissen ausgebildet werden, sondern benötigen die qualifizierte Unterstützung von Experten.

Sie sind

- technische Tarifbeschäftigte
- wissenschaftliche Tarifbeschäftigte
- Tarifbeschäftigte in der Kriminalitätsbekämpfung

und damit unverzichtbarer Teil der Kriminalitätsbekämpfung auf dem Weg zur Expertenkripo.

Der BDK setzt sich ein für:

- bessere Tarifabschlüsse
- gerechte Stellenbewertungen der Tarifbeschäftigten
- die Ausweitung von Expertenwissen durch zusätzliche Stellen für Tarifbeschäftigte
- Gleichberechtigung zwischen Beamten und Tarifbeschäftigten
- eine qualifizierte Fortbildung

Der BDK gibt den Tarifbeschäftigten in der Polizei eine Stimme. Profitieren Sie von der Fachkompetenz des BDK. Nutzen Sie die Möglichkeiten eines modernen Berufsverbandes, bringen Sie sich ein und gestalten Sie mit.

Werden Sie Mitglied im BDK und begleiten Sie uns auf dem Weg in die Zukunft!

**...auf dem Weg zur
Expertenkripo!**

Mitgliederwerbeaktion

Mitglieder werben Mitglieder

Werde jetzt Mitglied und gewinne eine Reise für 2 Personen nach New York !!!

Alle Neumitglieder und Werber nehmen an der Verlosung teil. Jeder Teilnehmer gewinnt garantiert! Frist: **31.12.2010**



1. Platz:

Eine Reise für 2 Personen* nach New York
(Reisezeit nach Absprache)



2. Platz:

Netbook Samsung NC110 (o.ä.)



3. Platz:

iPod touch 16GB



ab Platz 4:

Je einen Amazon.de Gutschein in Höhe von 20,00 €

Weitere Informationen zum BDK, zur Aktion und zu den Gewinnen gibt es unter: www.bdk.de/mitgliederwerbeaktion

Mit freundlicher Unterstützung durch: Spezialist für den Öffentlichen Dienst

* Wert der Reise max. 1.500 € | Für die Teilnahme an der Mitgliederwerbeaktion ist der Rechtsweg ausgeschlossen

Der BDK Verband der Kriminalisten

In anderen Gewerkschaften ist die Kripo eine bedeutungslose Minderheit. Daraus resultierend werden die spezifischen Anliegen der Kriminalisten oft Mehrheitsverhältnissen geopfert.

Der BDK vertritt kompetent und konsequent die beruflichen und sozialen Belange aller Angehörigen der Kriminalpolizei, Beamte wie Tarifbeschäftigte.

Der BDK setzt sich für die wirtschaftlichen, beruflichen, sozialen und kulturellen Interessen seiner Mitglieder ein.

Der BDK zählt bereits heute die überwiegende Mehrheit aller Kriminalbeamtinnen und Kriminalbeamten zu seinen Mitgliedern.

Es gibt zahlreiche gute Gründe, Mitglied im Bund Deutscher Kriminalbeamter zu werden.

Der BDK als gewerkschaftlicher Berufsverband erweist sich mit seinen zahlreichen Angeboten, Aktivitäten und Leistungen als mitgliederorientierter und servicestarker Verband.

Mitgliedsbeitrag

Für die umfangreichen Leistungen, die dir eine Mitgliedschaft im BDK bietet, zahlst du vergleichsweise günstige monatliche Beiträge:

z.B. A9: € 11,29 | A10: € 12,14 | A11: € 13,97 | A12: € 15,00 | A13: € 16,86 | EG5: € 8,62 | EG6: € 9,00 | EG9: € 10,48 | EG11: € 12,32 | EG12: € 12,76

Ein Vergleich lohnt sich!

Unsere Beiträge liegen 20-30 % unter denen anderer Polizeigewerkschaften. Bei identischen oder besseren Leistungen!

Diese Service-Leistungen für Mitglieder des BDK sind bereits im Beitrag enthalten:

- Fachzeitschrift „der kriminalist“
- persönlicher BDK-E-Mail-Account
- Dienstrechtsschutzversicherung
- Dienst-Kfz-Regresshaftpflicht
- Sonderrechtsschutz
- Option auf günstige Gruppenversicherungen
- Vergünstigte Seminare und Fachtagungen
- Zugang zu BDK-Fachforen im Internet
- BDK-Newsletter/aktuelle Infos
- Diensthaftpflichtversicherung
- Dienstreiseversicherung (bei Reisen für den BDK)
- Sozialleistungen

„Begrüßungspaket“ für Neumitglieder

Neumitglieder können wählen zwischen dem Kriminalistik Fachbuch (KFB) in Buchform oder als CD-Rom, der Kaspersky Internet Security in der aktuellen Version oder einem Gutschein für den BDK-Shop in Höhe von € 25,-.

Darüber hinaus enthält das Begrüßungspaket u.a. ein Klemmbrett, Becher, Kugelschreiber, Lanyard, Telefon-Anti-Twist und Mousepad.



Weitere Informationen zur Mitgliedschaft und zu den Leistungen erhältst du bei der Landesgeschäftsstelle, dem Landesvorstand, bei den Dienststellendelegierten oder im Internet unter www.bdk.de/hh



Landesvorstand

Zusammensetzung und Erreichbarkeiten in der Übersicht

Landesvorsitzender	Schulz, André	Personalrat	4286-56620
Stellv. Landesvorsitzender	Schmidt, Christian	LKA SP	4286-70820
Stellv. Landesvorsitzender	Wellner, Jörg	LKA 250	4286-72500
Stellv. Landesvorsitzender	Heide, Wolfgang	LKA 140	4286-71400
Landesgeschäftsführerin	Dullin, Bettina	LKA 42	4286-74223
Stellv. Landesgeschäftsführer	Serfahs, Karsten	LKA 521	4286-75214
Landesschriftführer	Höltmann, Hagen	ZD 65	4286-60516
Stellv. Landesschriftführer	Karch, Felix	PK 23/KED	4286-62334
Landesschatzmeister	Kaspereit, Bastian	ZD 65	4286-60511
Stellv. Landesschatzmeister	Schwabe, Oliver	LKA 411	4286-74112
Sprecherin Tarifbeschäftigte	Cakar, Meral	Personalrat	4286-56623
Sprecher Aus- und Fortbildung	Eckmann, Thorsten	Personalrat	4286-56621
Sprecherin IuK	Velten, Conny	LKA 54	4286-75423
Sprecher Pensionäre	Vollstuben, Edgar	über Landesgeschäftsstelle	
Kassenrevisor	Schmidt, Carsten	LKA 51	4286-75131
Kassenrevisor	Hoene, Hendrik	LKA 51	4286-75137



Personalratswahl

bdk

2020

